

# Über der Volksbote.

Organ für die Interessen der verhängten Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Der "Über der Volksbote" erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Schanzenstraße Nr. 56/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierjährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pf. — Postzeitungskarte Nr. 4669 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigebühre beträgt für die vierseitige Seite oder deren Teile 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Fristen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 279

Mittwoch, den 29. November 1905.

Fernsprecher Nr. 926

Gierza eine Beilage.

## Die Herren Agrar-Hausen unter sich.

Am Donnerstag voriger Woche waren die hausbürtigen Mitglieder des Bundes der Landwirte im "Konzerthaus Lübeck" zu einem großen Speich versammelt. Dass das alte, aber jetzt neue Bild von der übergroßen "Notlage" der Herren von Ar und Hahn recht kräftig gejungen wurde, und dass die Herren sich auch recht abmühten, neue "neue" Mittel mit denen die große, breite Masse der proletarischen Bevölkerung gelöblich geworben kann, zu entdecken, verfehlt sich am Rande. Darüber regt sich auch kein zart geäußertes Begriffsvorwörge begütterter Menschen im geringsten mehr auf. Man kennt eben die Weise, man kennt das Ziel, man kennt auch die Verfassir. Ein leichtgläubiges Auditorium muß der von Berlin herübergekommene Agitator des Zentralstaates immerhin vor sich gehabt haben, denn sonst wäre schwerlich seine unglaubliche Behauptung: daß „72 Prozent aller in Deutschland vorhandenen Schweine sind in den Händen der Arbeitnehmer und Tagelöhner besäßt“ unzweckmässig geblieben. Denn das sich von den in Deutschland 1900 gezählten 16 807 000 Schweinen 12 101 040 in den Händen der ländlichen Proletarier — und um solche kann es sich doch nur handeln — befanden sollen, glaubt doch wohl kein vernünftiger Mensch, zumal ja dann von den in der Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei am 14. Juni 1895 gezählten 8 781 262 erwerbstätig dientenden Lohn- und Tagearbeitern durchschnittlich ein jeder bei nahe 2 Schweinen — genau 1.9 — im Koffer haben müßte, wobei doch zu berücksichtigen sein dürfte, daß nicht der vierte Teil jener 8 $\frac{1}{4}$  Millionen Landproletarier einen eigenen Haushalt gehabt hat. Daselbe trifft hier bei uns in Lübeck zu. Hier wurden 1895 in der Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei und Tierzucht 3618 dienende unselbstständige Personen gezählt, ebenso wurden 1897 9002 Schweine gezählt. So daß also auch ein jeder unserer Landproletarier — Mann oder Weib — durchschnittlich nahezu 2 Schweine — genau — 1.8 — in dem Stalle liegen haben müßte.

Doch dies nur Nebenspiel; was uns veranlaßt hat, der konstitutiven Bundesparade näher zu treten, ist das offene, schmutzige Geständnis der Herren, daß das nimmermehr Agrarwirtschaft zunächste nur noch einer Gruppe — den Sozialdemokraten — zu bekämpfen habe; alle übrigen, von der äußersten Rechten bis zu den wasserflüssigen Freiheitlichen, haben sich ruhig vor dem agrarischen Bundeswagen spazieren lassen, was schon daraus zu erschien gewesen ist, daß die gesamte bürgerliche Presse hier am Platze sich mit der Wiedergabe der Verhandlungen begnügt, und kein Wort der Kritik an der unverschämten Herausforderung der konstitutiven Lübeckischen Bevölkerung gewagt hat. So weit hab wir in unserer Handels-republik" schon gekommen, daß deutscher (ich gebe, damit du gibst) 19 auch bei uns zwischen Handels-, Industrie- und Agrarinteressenten längst seitender Grundsch geworden. Und so ist es denn gekommen, daß all diesen früher im Haß stehn Kontumax widerstreben, heute in holden Ermügtheit zusammenwürfenden Elementen nur noch die Sozialdemokratie in geflossener Pöhlung gegenübersteht. Notwendig sei unter allen Umständen, daß die Landwirtschaft sich zusammenschließe, rief der Zentralenagitator, denn „die Sozialdemokratie werde immer reicher, und man wisse nicht, wo der Damm sei, an dem sie scheitert. Nur eine leidliche Landwirtschaft könnte ihr Gehalt gewährleisten“. Armer Wanderredner des Bundes der Landwirte! Wie können Sie auch nur in kindlich naiv sein, zu glauben, daß es der kleinen Anzahl der ewig vom Herrscher befreiten Agrarier gelingen könne, die lädiert durch diesen kleinen agrarischen Herrschungsaufgepöhlte Presse darüber Proletarier zurückzudringen? Nein, weiter Herr, nur durch die politische Entrechtung und Vollkettierung weiter Volksschichten ist es den Vollcaupoweren noch möglich, auf eine kurze Galgenstift hin ihre ausgedienten Geschäfte zu machen. Auf wie lange noch, steht auf einem anderen Blatte geschrieben!

Aber, wo alles spricht, kann Karl allein nicht schweigen, so glaubte auch der Ritter von der Österreichischen Burg, als er lühr seine Worte einzulegen und meinte: „Doch in der Nachbarschaft in den Gemeindesäten die Sozialdemokratie das Regiment führen, liege daran, daß soviele Wähler bei den Wahlen zuhause geblieben seien. Ja Lübeck habe die Bürgerwirtschaft zum Glück ein Geschick geschaffen, welches derartigen Vorgängen vorbeuge. Nötig sei auch, daß die Landwirte Bürger würden. Er kennt viele, die noch nicht einmal die Staatsangehörigkeit erworben hätten. Das ist traurig.“ Wir sind ganz derselben Meinung. Die Frage ist aber die: Wo in aller Welt hat dann die Bürgerwirtschaft ein Geschick geschaffen, welches dem Fortblieben der ländlichen Wähler von der Wahlurne vorbeuge? Das Bierklassen-Geschick ist dazu doch am allerwenigsten geeignet, und was die ländliche Wirtschaft anlangt, so wird sie noch heute nach alter Großväterweise gehandhabt. Die jüngst veröffneten Bürgerwirtschaftswahlen sind noch in alter Gedächtnis; seien

wir uns einmal an, wie in den vier ländlichen Bezirken die dritte Klasse — das sind die Besitzenden — wählt.

Dort

	1900	1905	
Einwohner	Wähler der III. Abteilung	es haben gewählt	
7. Bezirk hat	2224	50	17
8. " "	2858	29	27
9. " "	3791	46	24
10. " "	2571	44	18
	11444	169	86 = 51 %

Und jetzt sehen wir uns einmal die politische Struktur dieser vier ländlichen Wahlbezirke etwas näher an. Da ist zunächst der 7. Bezirk: Das Wahllokal befindet sich in Schlotup. Von den 50 Wählern wohnen 26 in Schlotup, 1 auf Wilhelmsdorf, 5 in Gattin, 12 in Staelendorf, 1 auf Hohenwarde, 3 in Ulrich, 1 bei der Herrensäge und 1 an der Israelsdorfer Allee.

Der 8. Bezirk: Das Wahllokal befindet sich in Krempelsdorf. Von den 29 Wählern wohnen 9 in Krempelsdorf, 3 in Krempel, 4 auf Tretz, 6 in Schönköpen, 2 in Staelendorf, 1 in Badewitz (weshalb wählt der nicht im zehn Moisling?), 2 in Dissen und 2 in Cau.

Der 9. Bezirk: Das Wahllokal befindet sich in Moisling. Von den 46 Wählern wohnen 5 in Moisling, 6 in Genin, 4 in Ober-Büssau, 6 in Nieder-Büssau, 6 in Crossförde, 6 in Wulfendorf, 2 in Crumme, 1 in Falderhusen, 1 in Nienhof, 1 auf Rotebe, 2 in Blicke, 1 in Borrade, 1 in Steele, 3 in Brüderdorf und 1 auf Hof Neumarkt.

Der 10. Bezirk: Das Wahllokal befindet sich in Nuss. Von den 44 Wahlberechtigten wohnen 10 in Nuss, 6 in Ritterau, 4 in Beelendorf, 7 in Tretz, 4 in Gr. Schleppen, 2 in Staelendorf, 6 in Hartendorf, 1 in Hollenbach, 1 in Düchelsdorf und 3 in Poggensee.

Der 5. Bezirk: Er besteht nämlich (Stadt) mit seinen in 1900 gezählten 1849 Einwohnern hatte nur 31 Wahlberechtigte der III. Abteilung und 79 Wahlberechtigte der II. Abteilung. Von diesen gingen 26 der dritten und 39 der vierten Abteilung zur Wahl. Noch schlimmer sah es im 6. Bezirk (Travemünder Landgemeinden) aus. In diesem Bezirk wählte nur die 4. Abteilung (aber nicht die dritte wie in allen anderen Bezirken der Landgemeinde, wo über die dritte nicht wählte). Das Wahllokal für die ländlichen Wahlberechtigten befand sich merkwürdiger Weise in Travemünde im selben Zimmer, wo sich die Wahlurne der dritten Abteilung befand. Von den 15 Wahlberechtigten des 6. Bezirks wohnten 3 in Herrenwitz (denn jetzt wegen der Hochwasserlage angelaufen Dorf), 1 in Stein, 2 in Dammersdorf, 3 in Pöppendorf, 1 in Tretendorf, 2 in Rückenitz, 1 in Brodten, 1 in Waldhausen, 1 in Svendorf.

Interessant wäre es nun, zu wissen, wer von den in weiter Entfernung von den Wahlbezirken wohnenden Wahlberechtigten den Weg zur Urne gemacht hat. Ein Blick auf die Wahlergebnisse belehrt uns, daß mit einzelner Ausnahme des 8. Bezirks, überall sonst, wohl nur die in Nähe der Wahlurnen wohnenden Wähler ihr Wahlrecht ausgeübt haben. Für die weiter Entfernten fällt das politische Recht nicht schwer genug in die Wage, um die Mühe einer meilenlangen Wanderung aufzuwiegeln. Und was nun die proletarischen Wähler der 4. Abteilung des 6. Bezirks (Travemünder Landgemeinden) anlangt, so ist von diesen 15 Wahlberechtigten auch nicht ein Einziger zur Wahlurne nach Travemünde gegangen. Das ist für den hiesigen Ortslandigen auch ganz richtig verwunderlich. Vermißt aufs trog alledem werden, daß noch uns gewordene Mittelungen die Wahlbewegung in unseren ländlichen Bezirken gegen früher schon ganz erhablich muttert geworden ist. Wie mag es da in früheren Jahren zugegangen sein. Bleiben wir das Fazit: Nicht der Bund der Landwirte wird den politisch idioten Körner zu neuem Leben erwecken, sondern einfach und allein die Sozialdemokratie wird es sein, die neuen, roten politischen Blätter in die erforschten Acker leiten wird. Sie, die heute zum ersten male — nur um zu sondieren und die politische Struktur unserer Landgemeinden in Bezug auf die Bürgerwirtschaft kennenzulernen — auf Land hinausgegangen ist, wird es nicht bei diesem ersten Versuche beweisen lassen, sondern um so eifriger sich bemühen, die ländliche Bewohner auch in der lokalenpolitischen Belästigung ebenso wie bei den allgemeinen Reichstagswahlen auf unsere Seite hinüberzuziehen.

Bei den 1903 stattgefundenen Reichstagswahlen waren in Travemünde und den Landgemeinden insgesamt 3325 Wahlberechtigte. Von diesen blieben 403 den Wahlurnen fern. Von den 2922 Wählern, die ihr Wahlrecht ausübten, stimmaen 1467 für die bürgerlichen und 1455 für den sozialdemokratischen Mandataten. Nur um 12 Stimmen blieb der Sozialdemokrat hinter seinen sämtlichen bürgerlichen Gegnern zurück. Wo ihr Fleißhören schwach Herren vom Bund der Landwirte verfügt es einmal, und von diesem politischen Kampfboden abzudrängen. Hier helfen keine Landwirtschaftskommission, keine Bier- und Milchzentrale mehr,

und je mehr ihr das konsumierende Volk ausbeutet, um so eher wird das Ende kommen. Doch euer Schlachtruf bleibt „Après nous le déluge“ (Nach uns die Sündstut.)

## Reichstagsfrage. Wer wird gewählt?

Gegen die geplante Tabaksteuererhöhung nahmen starke jugendliche Zigarrenarbeiterversammlungen in Lübeck und Memmingen (Kreis Harford) Stellung. Die Reichstagsabgeordneten der in Betracht kommenden Kreise wohnten den Versammlungen bei.

Über die Stellung des Proletariats zur Flottenfrage macht die „Frankische Tagespost“ folgenden interessanten und wichtigen Gesichtspunkt geltend: „Die „natürliche“ kapitalistische Weltpolitik ist die rohste und brutalste Form der Ausbeutung, die es gibt. Wenn sie opfert Leben und Blut des Arbeiters, um den Gewinn der Kapitalisten zu steigern oder zu sichern. Sie nimmt ihm das Geld aus der Tasche, um die gewaltigen Summen für „Landesverteidigung“ zu zahlen, die eine der stärksten Belastungen des Kapitalismus sind; und dann sieht sie ihn in den Krieg, um seine Knöchen für den Profit des Kapitalisten zu wagen. Diese Art der Ausbeutung auf das Proletariat unmöglich machen, ebenso wie es jene ersten Verbesserungskräfte des Kapitalismus unmöglich gemacht hat. Das ist der Sinn, aus dem heraus das klassenbewußte Proletariat gegen die Flotte ist. Wenn wir dem Kapitalismus die Mittel sparen, Absatzgebiete oder Ausbeutungsländer mit Gewalt und Krieg, d. h. mit unsern Knöchen und unserem Geld zu erobern, so muß er wohl oder übel davon gehen, sie durch die Güte seiner Produkte und durch das anschließende Verständnis seiner Produkte an das Bedürfnis der Kunden zu gewinnen. Von heute sehen wir, daß der Weltmarkt in den zivilisierten Ländern nicht durch Konkurrenz, sondern durch Produktionsverbesserungen erobert wird. Auf diesem Wege dringen wir die Kapitalisten weiter, wenn wir sie lehren, daß es in Zukunft unmöglich sein wird, uns ohne unseren Willen in einen kapitalistischen Krieg zu stoßen. Produktionsverbesserungen aber sind nur möglich, wenn wir billige Rohstoffe, billige Nahrungsmittel und eine regsame, intelligente und gebildete Arbeiterschicht haben. Sie wirken einfach ebenso, wie Arbeiterschaft und Gewerkschaft gewirkt haben: sie schaffen eine Kulturerhöhung für die arbeitende Masse. So zwängen wir den Kapitalismus zu handelspolitischen und sozialpolitischen Reformen. Daraus ist die Frage der Flotte heutzutage wirklich die unterscheidende Kluft zwischen Capitalisten und arbeitender Klasse.“

Der Reichshaushaltsetat 1906. Die „Norddeutsche Zeitung“ zieht die Mitteilungen aus dem Reichshaushalt 1906 fort, betreffend die Etats des Auswärtigen, des Reichskanzlers des Innern, des Militärs, Marine und Reichskolonialamts, des Reichsschatzamts, Post- und Telegraphen, Höhe, Verbrauchssteuern und Stromabgabe. Der Reichshaushalt setzt an fortlaufenden Ausgaben mehr 30 771 250 M., an einmaligen mehr 1 224 000 M. auf. Für die Herausgabe eines Reichstagsblattes für die Poststellen werden 10 000 M. gefordert, um den Poststellen die Auslegung des neuen Posttariffs zu erleichtern und zahlreichen Zweifeln und Rechtsverschiedenheiten zu begegnen. Die so genannten Batterienbehälften weisen eine Steigerung um 2 600 000 M. gegen das Vorjahr auf. Die Überweisungen an die Poststellenrate betragen 9 249 000 M. mehr. Das neue Kapitel zur Kapitalansammlung behufs Einführung einer Witwen- und Waisenversorgung wird aus den Poststellen mit 17 Millionen aufgestottert. Unter den einmaligen Ausgaben 1 260 000 M. für die Errichtung des Grundstücks Wilhelmstraße 90 und die erste Baurate des dort zu errichtenden Erweiterungsbaues für das Reichsgericht gefordert.

Der Stat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung zeigt einen Überdruck von 62 680 077 M. vor, der aus Materialmitteln im außerordentlichen Etat zu bestreitende Betrag für Fernsprechzwecke beträgt plus 6 525 000 M. Der Stat verzögert eine Reihe von Stellenzugängen, darunter 2000 Amtsstellen, 450 Post- und Telegraphengehilfen, 4300 Unterbeamte. Zu Gründstückserwerben, Erweiterungen und Umbauten sind neue Förderungen eingestellt für Hanover, Braunschweig, Bremen, Bonn, Koblenz, Köthen, Düsseldorf, Hagen in Westf., Hannover, Herzfeld, Mainz, Bielefeld (Neues Hauptpostgebäude) Norden, Björneborg, Ruhla, Grabow, Lüdenscheid, Wuppertal, Worms, Bitburg, Bremervörde, Dörfchen, Halle a. d. Saale, Beilitz, Posen (Neues Oberpostdirektionengebäude). Steglitz.

Zum Stat der Reichsdruckerei verbleibt ein Überdruck von 2862 296 M. Die Einschaffung des Reiches an Böllen, Verbrauchssteuern und Aversen beträgt plus 8 196 760 M. Bei Böllen ist zwar eine Steigerung von 5 218 000 M. vorzusehen; da jedoch der nach § 15 des Posttarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 für Einführung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgungsanstalt und Bezeichnung der vorgehenden Teil der Steuerentnahme an Böllen in geschätztem Betrage von 17 Millionen nicht nur vorweg in Aussicht gestellt

bringt, sondern besonders in Aussicht gestellt ist, ergibt sich bei Zöllen für die Reichsklasse ein Minderanschlag von rund 12 Millionen Mark. Des weiteren sind angezeigt bei Tabaksteuer minus 253 000 Mf., Zuckersteuer wie im Vorjahr, Salzsteuer plus 1 788 000 Mf., Branntwein- und Maischbottichsteuer plus 519 000 Mf., Verbrauchsabgaben und Zu- schlag plus 68 000 Mf., Schaumweinsteuer plus 65 000 Mf., Brau steuer und Übergangsstabsgabe von Bier plus 795 000 Mark, Wörfe zusammen 790 000 Mf. Die Einnahmen des Reiches an Stempelabgaben sind auf plus 9 547 000 ange- setzt, davon entfallen auf Spielkartenstempel plus 57 000 Mf., auf Wechselseitstempelsteuer plus 756 000 Mf., Stempelabgaben auf Wertpapiere etc. plus 8 667 000 Mark, und zwar für Alten, Hufe, Renten und Schuldbverschreibungen plus 644 000 Mf.

Auf Kauf- und sonstige Anlagenträger plus  
3718000 M., Lotterielose von Staatslotterien minus  
1867000 M., von Privatlotterien plus 338000 M., von  
Urkunden plus 38000 M., statifischen Gebühren plus  
6700 M.

Die fortlaufenden Ausgaben im Ordinariuum des  
Militäretats erhöhen sich um 15 490 500 M., die einmaligen  
um 10 486 436 M. In Neuformaltonen sind vorgesehen eine  
Kavalleriebrigade, zwei Infanteriebataillone, ein Kavallerie-  
regiment, unter Abhängig zu zweier vorhandener Eskadrons  
Jäger zu Pferde, zwei Fußartilleriebataillone unter Aussch-  
nung von 6 vorhandenen 9. und 10. Kompanien, zwei Be-  
spannungsabteilungen für Fußartillerieregimenter. Eine Neu-  
gestaltung erfährt das Institut der Reithäuse durch die Er-  
richtung von vier Reithäusen und durch Umwandlung des  
Militärreitinstifts Hannover in allen öffentlichen Reitensälen.  
Bis jetzt sind Reithäuse in Baderborn, Soltan, Sprettau  
und in Bissel in Aussicht genommen.

Im Sanitätswesen ist die Errichtung von vier Sanitätsinspektionen, Berlin, Bozen, Kassel und Straßburg als Zusatz zwischen dem Generalstabsarzt der Armee und den Vorvogeneralstäben geplant.

Das Geschäft des Zahlmeisters und des Oberzahlmeister ist aufgebeijert, die Zahlmeisteraspiranten in Unterzahlmeister verwandelt. Die Unteroffiziere werden um 2024 vermehrt, die Besoldungs- und Wohnungsverhältnisse verbessert. Der Artillerie-Schießplatz in Thorn soll mit einem Aufwand von einer Million Rth. erweitert werden. Neubauten sind in Zusicht genommen in Trier, Wandsbeck, Hannover, Soltau, Großburg, neue Garnisonssiedlung in Dredslinburg und Wiesbaden. Bei der Kavallerie soll eine neue Sanitätsausstattung eingeführt werden. Der Etat des Sächsischen Kontingents weist an fortbesserenden Ausgaben des Ordinariums ein Mehr von 1 479 507 Rth. auf, an ehemaligen Ausgaben 390 136 Rth. weniger. Das Gardekorpskrement des 134. Infanterie-Regiments in Leipzig-Gohlis, das nach Blauen verlegt wird, soll für 3 179 660 Rth. an die Stadt Leipzig verabschiedet werden, von der der Titel den sächsischen Kavallerieabteilung in Leipzig-Wödern für 1 987 945 Rth. übernimmt.

Bei dem württembergischen Rentenamt sind an fortlaufender Ausgaben 656 418 RM. mehr, einmäßige 299 655 RM. weniger, die Einnahmen 113 000 RM. mehr.

Der Staat des Kaiserlichen Reiches begünstigt die Ein-  
zubrüche auf 1 147 750 RM., mehr 44 280 RM., die fortdu-  
erenden auf 16 313 322 RM., mehr 1 246 795 RM., die ein-  
maligen Ausgaben auf 1 174 300 RM., mehr 488 500 RM.  
Gefolge der beständigen Errichtung des Reichskolonialamtes  
und die Bezahlungen derjenigen etatmäßigen Beamten und  
Unterbeamten, welche bisher in der Kolonialebteilung be-  
schäftigt waren, von den Bezahlungsfonds des Kaiserlichen  
Reichs auf den entsprechenden Fonds des Colonialamts über-  
tragen worden.

Sei dieses Werke und in Süßlande soll eine ähnliche  
bipartitifche Zentralbank, in Süßje eine Ministerpräsidentur  
erklärt werden. Neue Gesetzgebungsliste sind in Alkappo,  
Roxlo, Bello, Kintzhausen und Sackuan zu beschaffen ge-  
nommen. Der Sande für gehämmerte Arme geben soll  
von einer halben auf eine Million Mark er-  
höht werden. Der Sande zur Förderung der benötigten  
Säulen und für Nachrichtenwege im Einlande wird von  
einer halben Million auf 650 000 Mt. erhöht werden.  
Für mehrere Süßländer und Provinzen werden Förderungen  
für den Ertrag von Grasplätzen für Viehgetreide kon-  
trahiert. — —

Es sind große Worte, die man sagt. Deutliche Worte,  
größte Freude führt in keinen Frieden!

Der berühmte Städtetag wurde gestern Sonnabend in  
Berlin durch Oberbürgermeister Kiesinger eröffnet.  
Der 147 geborene Bürger habe 144 Jahre Berlin er-  
längt. Das verdiente Brot ist für jeden einen zuhause:  
Königswinter, Baden-Baden, Berlin-Dresden, Schles-  
wig-Holstein und Groß-Stuttgart. Es kam Gruppenfoto:  
Stadtverordnete der berühmten Städte und  
Gästebildung ihrer Bevölkerung durch  
die gegenwärtige Stadtkirche. Einige  
am Festabend eingetretene Gäste: Senator des Staates  
und der Freie Hansestadt als eine Freie der Frei-  
heit und als demokratische Stadt erachtet,  
hatten die Stadt als Ehrenbürgers zu bestimmen, doch es fand  
nur an einer der wichtigsten Repräsentationsstätten der  
städtische Freizeit keine, damit bei den Feierlichkeiten  
der Friedlichen Revolution eng verbunden. Die Universität  
der in der Stadtgründung beteiligten Städtevereinigung führt  
zu dieser Verantwortung der Verantwortung. Ein städtebaulich  
neues Bildungsprogramm gefestigt wurde, welche zusammen die  
sozialistische Universität. Die Sozialistengruppe eines Sozial-  
kampfes besser. Was das Modell der Städte im inter-  
nationalen Wettbewerb. Der Städtetag fügt eine Menge  
Gefüge vor und erfüllt die wichtigste soziale Aufgabe  
für Menschen Freiheit und dem Nationalen unter Führung  
der internationalen Sozialistengruppe zur Verschönerung in den

verschiedenen Schauspielerinnen, die Gesichter unterschiedlichen  
Bürokratisches und lustiges Gesichtsausdrücke, Verzerrung der  
Gesichter durch Überbelichtung in 3-fach vergrößert.  
Viele unterschiedliche Gesichter werden im entsprechenden Schauspiel  
nur einzeln eingesetzt. Bei 3-fachvergrößerte wurde  
Szenen gespielt wie in den Serien: Einigkeit, Drei Freunde,  
Familie, Mutter kommt. Schauspielerin, Schauspielerin, Schauspielerin,  
Schauspielerin, Schauspielerin, Schauspielerin, Schauspielerin, Schauspielerin  
Schauspielerin, Schauspielerin, Schauspielerin, Schauspielerin. Das Ergebnis  
ist ein sehr schönes Gesamtbild eines Gesichts

Die neueste Phase im Abenteuerkrieg. Gouverneur v. Lindenquist meldet: Samuel Juan Wittott, sein Unteroffizier mit 17 Großleuten, ihrem Haupte, sowie der Kapitän der Geldschoendrager, Hans Endzitt, insgesamt 74 Männer und 44 Weiber (!) haben sich in Verseba freiwillig gestellt. Dabei ab 34 Gewehre abgeliefert worden. Über die Bedingungen der Übergabe enthält die Meldung keine Angaben. — Unwirksamkeit dieser Unterwerfung vor Einfluß auf die weitere Auslastung des Abenteuerkrieges seien wirb, bleibt abzuwarten.

Schaffung nach einer neuen Strafthandelsvorlage. Die „Deutsche Arbeitgeber-Ztg.“ macht den gemütvollen Vorschlag, gesetzliche Bestimmungen zur Unterdrückung von Generalstreikversuchen zu schaffen. Und zwar könnten derartige Schutzmaßnahmen nur dann wirksam sein, wenn sie Handhabe hätten, einzutreten, wenn sich die Bewegung noch im Reime befindet. Es sei eine Ergänzung des Strafrechts in dem Sinne notwendig, daß sofort die Sanktion der Streikbewegung schädlich gemacht werden kann. — Wie man sieht, wünscht man eine Wiederaufnahme der jelligen Strafthandelsvorlage vom Jahre 1899. Diese Vorlage bedrohte ja auch die „Rädelsführer“ bei Auslanden mit mehrjähriger Strafthandelsstrafe. Daher durch ein solches Gesetz nicht nur der Generalstreik — dessen Definition ja ohnehin unmöglich wäre — sondern jeder Streik zu stoppen werden sollte, verrät die „Arbeitgeber-Ztg.“ ja schon durch, daß sie das Vorgehen gegen die „Reime“ dieses Generalstreiks empfiehlt. Wozu gäbe es aber sindige Staatswälte, wenn man nicht in jedem gewerblichen Ausstand in Stein eines Generalstreiks nachweisen könnte. Das Verlangen der „Arbeitgeber-Ztg.“, das natürlich von den Geschäftsmacherorganen warm befürwortet wird, zeigt aber weder den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, wie verhaftet dem Unternehmerium das Koalitionsrecht ist, und daß Koalitionsfreiheit nur durch die Erringung der politischen Freiheit wirklich gesichert werden kann!

Die Meldung von der Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Kröse II in Hamburg bestätigt sich nicht.

Vom preußisch-polnischen Kriegsschauplatz. Die  
Strafcommissar in Posen verurteilte den Chefredakteur  
der gazette vom Polenblatt „Brzez“ wegen Auf-  
eizung zu Gewalttäglichkeiten zu 1½ Jahren  
Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Der verantwort-  
liche Redakteur erhielt eine Geldstrafe von 400 Ml. Der  
staatsanwalt hatte neun Monate Gefängnis beantragt.

Dänemark.

Die dänische Regierung im Dienste des Barons.  
Am Sonnabendmittag sollte das Dampfschiff „Acturus“ von Kopenhagen nach Finnland abfahren und war bereits in der Bucht begriffen, als es plötzlich polizeilich angehalten wurde. Polizeibeamte durchsuchten die Ladung, die größtenteils aus Waffen (Revolvern und amerikanischen Gewehren) sowie Munition bestand. Die Munition wurde von der Polizei beschlagnahmt. Als sich der Exporteur der Waffen darüber beschweren wollte, wurde ihm erklärt, daß die Beamten auf Befehl des Polizeidirektors und dieser selbst auf Order des Ministers für Handelswesen gehandelt habe! Die Waffenladungen nach Finnland sind früher über Stockholm gegangen, aber die schwedische Regierung soll den Transport auf alle Fälle verbieten haben. Sogar ein gesetzliches Recht, die einführt dieser Handelsware zu verbieten, hat die dänische Regierung wohl kaum weniger wie die schwedische.

Nordwegen.

Zur Abstimmung gefragt. Zur Aufräge der sozialdemokratischen Storthingss-Abgeordneten schreibt Genosse Jacob Ibsens Schriftsteller, Redakteur von „Social Demokraten“, dem „Svartavis“ folgende Erklärung: „Werte Freunde! Ihr stellt betreffend die Abstimmung der Sozialdemokraten bei der Königswahl im norwegischen Storthing bedarf eines Kommentars: Unsere Parteigegner im Storthing stimmen nicht deshalb für den König, weil die Mehrheit des Volkes es für so eine Person ausgesprochen hatte. Sie stimmen für den König, weil sie dazu gezwungen waren. Die Sache ist einfach so: In einer geheimen Sitzung wurde der Abstimmungsvorschlag bei der Königswahl debattiert. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie bestimmt hätten, gegen die Wahl des Königs zu stimmen. Der Präsident des Storthing sagte jedoch, daß man nicht die konstitutionelle Gelegenheit

ge machen, um und auf ein kompromissloses Votum einzutreten, gegen die Wahl zu stimmen. Das Storting hatte vorsätzlich offen, daß die Monarchie fortbestehen sollte, und es wurde also eine gesetzmäßige Zustimmung sein, gegen die Wahl eines Königs zu stimmen. Unsere Genossen wurden also erzwingen, den Prinzen Karl mit zum König zu wählen. Es kann wohl mitgestellt werden, daß die Sozialdemokratien im Storting gegen die Monarchie und die Königswahl abstimmt hätten, wenn es in der Realität möglich gewesen wäre. Sie haben weiter an der Propaganda für die Monarchie energisch teilgenommen. — Mit Recht bewarnt hierzu der „Schwede“: „In unsrer Aufstellung von der Sache und an unsrer Bewertung des Verhaltens der sozialdemokratischen Stortings-Männer kann solche Erfahrung natürlich nur Sota ändern; denn wie auch die betreffenden norwegischen Besitzungen und Schiffsverkehrs-Verhältnisse unterscheiden mögen, seit wann ist es in der internationalen Sozialdemokratie Mode, nach ängstlich bairisch ‚constitutionelle‘ Kreisrändern jenseit zu laufen, sobald die Gefahr droht, die Überzeugung des Stings ist Frage steht? Wer nicht die Freig. dazu hat, unter bestmöglichen Umständen für seine Überzeugung zu kämpfen, der fragt nach der einsinnigen Überzeugung des Bourgeois aller Länder zu irgendwelchem Amt, nicht aber zu dem eines Volksvertreters. Das sollte man eigentlich nicht eben zu beloeren brauchen, sondern im Laufe der letzten vier Jahrzehnte unzählige Männer und Frauen auf dem Schlachtfeld des proletarischen Kämpfes ihr Gut, ihr Blut, ihre Freiheit, ja sogar ihr Leben geopfert haben!

卷之三

213 ein Ereignis von schwerwiegendster Bedeutung stellt für die „Reuter“ in S. 5 a. p. o. l heraus. Nicht wie bei der „Spatzfee“-Affäre, ein einzelnes Schiff, nein, die ganze Schwarz-se-Meer-Glocke hat sich in den Dienst der Revolution gesellt. Und vom Landheer, auf demselben Schiff der Revolution noch lauernd, soll gerichtet hat, und gegen Regierung zu den „Reutern“ geflossen. Dem „Reuter“ wird gewisst, daß die Reuter der Gesellschaften

erhafteten; beide aber wieder freiließen. Die Kommandeure und andere Offiziere der Kriegsschiffe wurden festgenommen. Die Artilerie folgte sich der revolutionären Bewegung an. Das Sivertopol traf ein litauisches Regiment, das Odessa ein; auch aus Pawlograd sind Truppen aufgezogen. Admiral Tschulnik übergab das Kommando an den Kapitänleutnant General Möller-Galometzki. Die Capernkompanie ging zu den Reuterern über; diese erklärten sich mit den Arbeitern solidarisch. Abends ließen alle Schiffe nach einer Abordnung den Reuterern ihre Sympathie erklären. Die Sämen bis in Ferne sind aufgerissen.

Dem "B. T." wird gemeldet: Sebastopol befindet sich seit Sonnenabend in den Händen der revoltierenden Truppen. Am 24. Oktober versammelten sich die Matrosen aller Schiffspagen. Zu diesem Zeitung erschien der Admiral Pitsarewski mit einer Kompanie in voller Kriegsordnung und forderte die Matrosen auf, aneinanderzugehen, die weigerten sich dessen. Daraufhin kommandierte der Admiral „Feuer“, doch fiel auf sein Kommando kein Schuß von Seiten der Kompanie, wohl aber von Seiten der Matrosen. Der Admiral brach, leicht durch die Schulter getroffen, zusammen. Ein Kapitän des Regiments Brest, Stein, der Kommandeur der Kompanie, wurde getötet. Am 25. November schlossen sich die Hafearbeiter den Matrosen an und durchzogen mit diesen unbewaffnet die Stadt bis vor die Kasernen des Regiments Brest, wo sie mit Beleidigung empfangen wurden. Hier fand eine Kämpfung statt, und das Regiment schloß sich der Revolte an. Es durchzog mit den Matrosen in einem 10000 Mann starken Haufen die Stadt bis zum historischen Boulevard, wo das Regiment Bjelostok unter Gewehr stand. Das Regiment Bjelostok empfing die Meuterer mit Wut, schloß sich ihnen aber nicht an.

gegen Abend kehrten die Meuterer in die Kasernen zurück, nachdem sie den Festungskommandanten und den örtlichen Divisionschef arretiert und in die Kasernen interniert hatten. Nach dieser Gefangennahme der Spitzen des Militärs schlossen sich die Artilleriebrigade und ein Reservebataillon den Meutern an. Für heute steht eine großartige Manifestation und die Ausrufung einer besonderen Regierung bevor. Die Bewohner sind von einer allgemeinen Panik erfasst und fliehen in Wagen und Booten aus der Stadt. Nachdem die Matrosen gestern über den Bahnhof gefahren und keinen Verkehr mit der Stadt erlaubten, ist Sebastopol vom Landverkehr abgeschnitten. Die Depeschen an die Regierung wurden durch berittene Kuriere mehrere Stationen von Sebastopol ausgegeben. Alle Offiziere der Garnison sind von den Meutern entwaffnet und arretiert worden. Mit dieser Militärrebellion schwindet die letzte Hoffnung der Regierung, sich auf die Militärgewalt zu stützen, aus einer ganzen Reihe von Städten sind der Regierung Berichte über bewaffnete Militärrebeln zugegangen. Der Versuch, im Dongebiet das zweite Aufgebot der Kosaken zu mobilisieren, wurde von dort mit der Bitte beantwortet, der

Befehl zurückzunehmen, weil nur das letzte Aufgebot die Greise, zurückzulassen würben, und auch das Domänenamt von einer Särgung erfasst sei. Mit der Erhöhung der Kosakenreserven innerhalb des Kosaken nur die erste Gardebrigade als ganz unbedingt zuverlässig angesehenen. Ja Petersburg ist die Sicherung nur eine leinbare und äußere. Das ratselhafte Bözen der Regierung mit einer festen Formulierung der temporalen Geschehe vorzutreten, verschlimmert die Lage. In der Furcht vor dem im Januar bevorstehenden Streik der Post-, Telegraphen- und Bahnangestellten und der immer weiter fortschreitenden Organisation des Verbandes der Telegraphen- und Postbeamten bereitet die Regierung ein Gesetz vor, welches Staatsbeamten die Teilnahme an einem Streik unter Abschöpfung von 8 Monaten Gefängnis verbietet. Die Angestellten in einem Streik unterliegen einer Strafe von einem Jahr und 4 Monaten Gefängnis und dem Verlust der bürgerlichen Rechte. Die Ausarbeitung dieses drakonischen Gesetzes ist zu weit völlig zwecklos, da die Regierung nicht mehr die Macht besitzt, sie anzuwenden. Ja ihrer Hilflosigkeit nimmt die Regierung eine Verstärkung der Bahnbeamten vor, obgleich sie sich sagen kann, daß in so kurzer Frist keine flüchtigen Cente aufgebildet werden können. Die letzten Streiks haben gezeigt, wie mangelhaft die Ausbildung der bestehenden Bahnbeamten ist, die beim Führen der Züge zwischen Petersburg und Moskau 20 Lokomotiven die Kessel durchgebrannt haben. Gegenwärtig sind hier 13 große Fabriken mit 19 000 Arbeitern auf unbestimmte Zeit geschlossen, weil die Verwaltungen den Forderungen der Arbeiter wegen des Abfallen der Lohnes nicht nachgeben wollen. Unter den Arbeitern ist eine lebhafte Agitation in Gang, am 3. Dezember einen neuen Generalstreik durchzuführen.

Das Marineministerium hat sich bereits mit den Vor  
gängen im Schießhof beschäftigt. Welche Beschlüsse do-

gägen in Sebastopol beschäftigt. Welche Beschlüsse von  
gefaßt sind, ist nicht bekannt geworden. Fest steht nur, daß  
sich der Marineminister nach Barsloje Gelo zur Berich-  
tung begeben hat. Ob Nikoläuschen wohl schon wieder  
die Käthe wanken?

Ende im Osten gärt es bekanntlich sehr stark unter den zurückkehrenden Soldaten. Aus Bladibowitz wird offiziell berichtet: Unter den aus Japan zurückkehrenden Soldaten macht sich eine zunehmende Sä rung bemerkbar. Sie sind unzufrieden, weil sich bei ihrer großen Menge ihr Rücktransport nach der Heimat verzögert; es treffen immer neue Transporte von Kriegsgefangenen aus Japan ein. Gestern weigerte sich ein Soldat aus Port Arthur demonstrativ einen Offizier zu grüßen, und überschüttete ihn mit Schimpfrecken. Der Offizier stach hierauf den Soldaten nieder. Um den Kameraden zu rächen, versuchten die Soldaten, das Offizier fest zu zu binden, aber die Offiziere befanden sie trotz ihrem Revol-

Gebrauch machen. Drei Offiziere wurden getötet und einer verwundet. Die Zahl der verletzten Soldaten ist nicht bekannt. Russen stellten die Ruhe wieder her. Von den aufführerischen Soldaten wurden 41 verhaftet, darunter 7 Käbelführer.

Das Petersburg wird berichtet, daß 33 Fabriken mit 75 000 Arbeitern die Entlassung der Arbeiter erlaubt. Das gibt wieder neuen Rückstoss für die Revolution.

In Moskau gewinnt der Anstand fortwährend an Ausdehnung.

Am Sonntag abend wurden in Warschau von einem Café aus zwei Bomben geworfen, welche explodierten, aber niemanden verletzten. Als die Täter verfolgt wurden, schossen sie und tödten einen alten Mann. Die Täter entkamen unverhaftet.

Die Lage in der Umgebung von Rigga ist immer bedrohlicher. Revolutionäre Bauern haben die Quellen der Rigaer Wasserleitung besetzt. Die Lokalbahn nach Stiernhof wurde vollständig zerstört, die Schienen ausgezissen, die Telegraphenverbindungen abgeschnitten und die Beamten gefangen abgeführt. Verschiedene Bauerngemeinden haben sich zu unabhängigen Kommunen erklärt und die Beamten verjagt.

In Gossowice legten auf den Hulbischiner Werken sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Sie verlangen für die vorige Streikzeit ihren Lohn und den arbeitsfähigen Arbeitsstag. Der Direktor stellt in Aussicht, die Fabrik zu schließen, wenn die Arbeiter nicht zur Arbeit erscheinen. Eine weitere Ausweitung des Ausbaudes wird befürchtet.

#### Frankreich.

**Der Mörder von Longwy freigesprochen!** Vor dem Kriegsgericht in Châlons-sur-Marne saß längst die Verhandlung gegen den Dragoner Maclot statt, der am 12 September bei einem Angriff auf streifende Arbeiter etwa durchaus feindlichen Bergarbeiter nazens gut durch einen Lanzenstich tötete. Die Anklage mache sich die Ausfuge des Dragoners vollkommen zu eigen. Danach soll dieser, um einem Handgriff eines Arbeiters, der ihm die Lanze wagnen wollte, auszuweichen, die Waffe vertikal, mit der Spitze nach unten starr, zu fällig's Herz getroffen haben! — Bei solcher Fassung der Anklage stand es von vornherein fest, daß Maclot, der nur der fahrlässigen Tötung beschuldigt war, billig wegkommen würde. Immerhin wies der Regierungskommissar darauf hin, daß Maclot ohne Befehl, und ohne durch persönliche Gefahr dazu gezwungen zu sein, gebraucht habe. Die Anklage selbst mußte zugeben, daß die Arbeiter zweckmäßig gewaltätig vorgegangen sind. Für den Angeklagten sprach es auch nicht, daß er ruhig einen Wachtmeister wegen ber von ihm begangener Tat hat in Unterwerfung zuhauf ließ, und daß er erst gefandt, als die Unterwerfung den Verdacht auf ihn gelenkt hatte. Das Kriegsgericht sprach trotzdem den Angeklagten mit fünf gegen eine Stimme frei. — Dieser Freispruch ist ein Werk schlimmster Klassen- und Rassejustiz.

#### Türkei.

**Die Flottendemonstration gegen den Sultan** sollte am Sonntag nach folgendem Programm beginnen: Um 8 Uhr früh Übergabe eines Briefes an den Gouverneur von Mytilene durch fünf Offiziere der fünf Flüchte und einen Botschaftsträger, in weitem die Verarrestung und der Zweck der Demonstration mitgeteilt und erklärt wird, daß Handel und Verkehr ungestört bleiben. Des Weiteren das Konfliktkorps von Mytilene wird entsprechende Mitteilung gemacht. Um 1 Uhr Landung der Truppen und Besitznahme des Bollamies und des Telegraphenamtes, um welche drei Zonen gezogen werden; die erste wird von internationalen Truppen besetzt, die zweite bleibt vollkommen neutral, die dritte wird den türkischen Truppen überlassen. Polizeibeamte dürfen in allen drei Zonen verkehren. Der Dr. p. Geisenkel des Geschwaders geht über Athen und auch direkt nach Konstantinopel; d'eben auf letzterer Wege Telegraphen der Kommandanten unbedingt, würden sie also in Asienkonstantopel nicht übermittelt, wird das Radel durchschneiden. — Ja seinem ersten Teil ist das Programm bereits durchgeführt. Das in Mytilene angekündigte internationale Geschwader besitzt das Bollamt und das Telegraphenamt.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 28. November 1905.

**Die Stadttheaterfrage** scheint jetzt ihrer Lösung entgegenzugehen. Senator Bossehl, wie es heißt der reichste Mann Lübecks, hat nämlich dem Staate die der Casino-Gesellschaft sowie den Herren Niemann und Giebich gehörigen Grundstücke, die ein Wertvolum von 465 000 M. repräsentieren, als Geschenk angeboten. Allerdings wurde die Bedingung gestellt, daß bis zum 31. Dezember d. J. ein Staat und Bürgerschluß zustande kommt, der die Errichtung eines Theaters auf den erwähnten Grundstücken sichert. Herr Senator Bossehl hat ferner den Wunsch ausgesprochen, daß in Verbindung mit dem Theater ein nach dem Vorbilde des jetzigen Casinos Fest-, Konzert- und Versammlungsräume enthaltendes Gebäude errichtet werde. Es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß die Bürgerschaft das Anerbieten akzeptieren wird. Trotzdem dürften die Auswendungen für den Theaterneubau erheblicher werden, als in dem früheren Senatsantrage angenommen wurde, da sich der Baugrund in der Bedergrube als schlecht und die Grundfläche als für den Bau aus feuerpolizeilichen Gründen nicht ausreichend erwiesen haben soll. Auf einen wirklichen Monumentalbau wird man bei dieser Lösung der Theaterfrage jedenfalls verzichten müssen. Immerhin verdient die Handlungsweise Senator Bossehls, der es sich ja leisten kann, Anerkennung. Sicherlich sind jedoch die in den höchsten Tönen gefungenen Lobeshymnen, die ein Teil der bürgerlichen Presse aus diesem Anlaß anstimmt.

Die Volkszählung findet bekanntlich am 1. Dezember statt. Hierzu liegt folgende Bekanntmachung des Senates vor: Aufgrund Beschlusses des Bundesrates wird am 1. Dezember d. J. eine allgemeine Volkszählung stattfinden. Der Senat hat mit deren Ausführung im lübeckischen Staatsgebiete auf Grund der vom Bundesrat getroffenen Bestimmungen das Stadt- und Landamt beauftragt, welches das Nächste hierüber bekanntmachen wird. Der Senat gibt sich der Erwartung hin, daß die Bewohner des lübeckischen Staatsgebietes es sich angelegen sein lassen

werden, die vermittelten Zählungsformulare ihnen vorzulegen und den mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit zu beantworten und den mit der Verteilung und Einsammlung der Formulare, sowie den mit den Revisionsnachfragen Beauftragten ihre Aufgabe tunlichst zu erleichtern. Wissenschaftlich falsche Angaben in den Zählungsformularen, Verweigerung der geforderten Auskunft, sowie ungehörliches Betragen gegen die mit der Einsammlung der Formulare und die mit der Zählung Beauftragten werden, soweit nicht die Bestimmungen des Strafgesetzbuches zur Anwendung kommen mit einer Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Das Stadt- und Landamt erlässt hierzu folgende Veröffentlichung:

Mit Beziehung auf die Bekanntmachung des Senates, die Volkszählung betreffend, wird nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis gebracht. § 1. Durch die Volkszählung, welche mittels Haushaltungslisten vorgenommen wird, soll die Ortsansiedelnde Bevölkerung ermittelt werden. Die Zählung hat sich zu erstrecken auf alle in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember 1905 im Lübeckischen Staatsgebiete in den Staatsgebiete in den Haushaltungen und den zugehörigen Stämmenständen ständig oder vorübergehend anwesenden Personen. Personen, die in der Zählungsnacht in seiner Wohnung übernachtet haben, werden bei derer Wohnung verzeichnet, in der sie am 1. Dezember auftreten kommen. § 2. Personen, welche sich an Bord der im Lübeckischen Staatsgebiete verweilenden See-, Kanal- oder Flussfahrt aufhalten, werden der ortsanwesenden Bevölkerung hinzugerechnet. In Betreff der auf der Fahrt befindlichen Schiffe findet der im Absatz 2 des 1. enthaltene Grundsatz Anwendung. § 3. Bei dieser Zählung sollen für die ortsanwesenden Personen außer dem Namen, die Stellung in der Haushaltung, das Geschlecht, der Geburtstag und das Geburtsjahr, der Familienstand, der Geburtsort und Bezirk, das Jahr des Baus, der Beruf oder Erwerbszweig, das Religionsbekenntnis, die Staatsangehörigkeit, ob im aktiven Militärdienst befindlich, für reichsangehörige Landsturm-pflichtige Männer im 39. bis zum vollendeten 45. Lebensjahr, ob militärisch ausgebildet oder nicht, ermittelt werden. Dieselben Angaben werden erforderlich für diejenigen Personen, welche zur Zählungszeit aus der Haushaltung, der sie als Mitglieder angehören, vorübergehend abwesen sind. § 4. Mit der Zählung soll verbunden werden die Feststellung der bewohnten und unbewohnten Wohngebäude und der anderen zur Zeit der Zählung zu Wohnzwecken benutzten festen oder beweglichen Bauwerken. In der Stadt Lübeck findet außerdem eine besondere Aufnahme der Wohnungsverhältnisse statt. § 5. Die Zählungsformulare werden während der Tage vom 28. bis 30. November d. J. durch Zähler, welche mit Legitimationskarten versehen sind, ausgeteilt. Die Formulare sind am Freitag, den 1. Dezember, bis 12 Uhr mittags durch die Vorstände der Haushaltungen, als welche auch einzeln lebende Personen mit besonderer Wohnung und eigener Haushaltsgestalt gelten, durch die Vorsteher oder Verwalter von Aufstalten für gemeinsamen Aufenthalt oder durch geeignete Vertreter auszufüllen und durch Namensunterchrift zu becheinigen. Wo dieses Verfahren infolge besonderer Verhältnisse nicht anwendbar ist, erfolgt die Ausfüllung und Bescheinigung durch die Zähler auf Grund der bei den Haushaltungen selbst einzuhaltenden mündlichen Erfundungen. § 6. Die Biedereinsammlung der Listen beginnt am 1. Dezember nach 12 Uhr mittags und soll im Laufe des 2. Dezember beendet sein. § 7. Die Leitung der Aufnahme, die Prüfung der in den Erhebungsfomularen gemachten Eintragungen und die Bearbeitung der Ergebnisse wird dem Statistischen Amt übertragen, welchem die Beteiligten jegliche in Bezug auf die Richtigstellung und Ergänzung ihrer Angaben etwa als erforderlich sich herausstellende Auskunft zu ertheilen verpflichtet sind.

**An den Küsten dreier Erdteile**. So lautet der Titel des ersten Teils einer Vortragsreihe, die Richard Laube-Lipzig in dieser Saison zu halten gedenkt. In Lübeck brachte er denselben Abend, auf Einladung des Gewerkschafts-Kartells hin, im großen Saale des Vereinshauses zu Gehör. Der Redner, welcher in diesem Sommer im Auftrage des Museums für Volkerfunde in Leipzig eine Reise nach fast sämtlichen Uferländern des Mittelmeeres unternommen hatte, schilderte in diesem Vortrage seine Erlebnisse und Reiseindrücke von Hamburg bis Konstantinopel. Unterstützt wurden die volkstümlich gehaltenen Ausführungen Laubes durch 130 prachtvoll fotierte Aufnahmen. Redner wußte die Zuhörer mit seinem Vortrage vollständig gefangen zu nehmen. Ob er in humorvoller Weise die Leiden der Seefrankheit schilderte oder ob er in begeisteter Weise die typische Vegetation der südländlichen Gegenden in Wort und Bild vorführte — stets folgten die Versammlungen mit regem Interesse. Großer Beifall lohnte dem Vortragenden für seine interessanten Schilderungen. Wie wir hören, bräuchte das Gewerkschaftskartell Richard Laube für den zweiten Vortrag "Sizilien und Süditalien" im Anfang Januar nächsten Jahres kommen zu lassen.

**Der Glückstern**. Man schreibt uns: Seit dem letzten Samstag bereitet eine heimliche Buchhandlungsumarm den Betrieb einer Zeitschrift: "Der Glückstern". Neue Berliner Verlagsanstalt Aug. Krebs, Charlottenburg, Berlinerstraße 10. Diese Firma verspricht nun ihren Abonnenten u. a.: 1. Sicherung des Lebens jedes Abonnenten gegen Unfall in Höhe von 1200 M. 2. Anteil an einer überall in Deutschland erlaubten Lotterie mit Gewinnchancen bis 5000 M. Die Helden der heimlichen Buchhandlung suchen nun ihre Rundschau meistens unter der Arbeiterbevölkerung, leider fallen auch viele Arbeiter auf die oben angegebenen Vergünstigungen herein, denn nur ein Bruchteil der Abonnenten erhalten ein Losanteil und dieses unter folgenden Bedingungen: Den Abonnenten wird nämlich von der Verlagsanstalt ein Rätsel aufgestellt, und nur wenn die richtige Lösung des betreffenden Rätsels eingesandt wird, erhalten die Abonnenten einen Anteilchein; natürlich muß Rückporto beigelegt werden. Viele Abonnenten gehen daher leer aus, trotzdem in den Bedingungen steht: "Einen Gewinn bis zu 5000 M. hat kann jeder Abonnement des 'Glückstern' ohne alle Kosten machen." Diejenigen Leute nun, welche die richtige Rätselloserung einsandten, haben aber auch 20 Pf. Unkosten, denn nicht einmal das Los wird frankiert gedruckt, wenn nicht Rückporto mit eingedruckt ist. Das schüßte aber bei der Sache ist nun: die Ziehung war am 3. und 4. November 1905; es hat aber keiner bis dato eine Ziehungsergebnis erhalten, trotzdem ausdrücklich im Anteilechein bemerkte ist, daß in einer der Novembernummern die Liste veröffentlicht wird. Die letzte November-Nummer ist schon in den Händen der Abonnenten. Hierüber sind nun viele Abonnenten entzweit und bestellten die Zeitung ab. Das geht jedoch nicht so einfach, wie man denkt. Die Verlagsanstalt verlangt den Beitrag für ein volles Jahr mit der Begründung, daß der Abonnement auf ein Jahr verpflichtet ist. Dagegen er-

lischt aber jede Verpflichtung der Verlagsanstalt, wenn der Abonnement nur eine Woche im Rückstande ist. Auf dem Bestellschein ist aber nur folgendes bemerkbar: Unterzeichnet bestellt hiermit die illustrierte Wochenzeitung "Der Glückstern", Preis 15 Pfg. pro Woche, und verpflichtet sich zur regelmäßigen Abnahme. Er beantragt, sein Leben gegen tödlichen Unfall bei der "Athenaia", Versicherungs-Aktiengesellschaft in Köln a. R. auf Kosten der Verlagsanstalt in Höhe von 1200 M. zu versichern und erklärt, die Versicherungsbedingungen erhalten und von denselben Kenntnis genommen zu haben. Er hat auch Anspruch auf die sonstigen Vorteile des Abonnements. Name: Beruf: Alter: Wohnort: — Auch ist bis jetzt noch nie eine Unfallvergütung im Blatte erwähnt worden. Jeder Arbeiter sei hierdurch dringend vor solchen Firmen gewarnt. Arbeiter, die eine wirklich gesunde Lektüre haben wollen, tun gut, sich die durch unsere Buchhandlung zu beziehende Wochenzeitung "In freien Stunden" zu halten. Die Zeitchriften, die ihren Lesern alle möglichen Dinge versprechen, sind inhaltlich durchweg wertlos.

**Eine Festmahl**, an dem der Senat, die Präsidien der Bürgerschaft und des Bürgerausschusses teilnehmen, veranstaltet der Senat am 2. Dezember im Bürgerschaftssaal. Zu wessen Ehren dieses Mahl gegeben wird, ist noch nicht genau raus, wer es zu bezahlen hat, steht jedoch zweifellos fest: die Steuerzahler.

**Stadthallen-Theater**. Wir wollen ganz besonders auf die Mittwoch stattfindende zweite Volksvorstellung aufmerksam machen, bei der jeder Platz des Theaters 50 Pf. kostet. Zur Aufführung gelangt Meyer-Lindbergs beliebtes Lustspiel "Alt-Hedelberg". — Donnerstag wird "Hoffmanns Erzählungen", die erfolgreiche phantastische Oper von Ossenbach, zum achten Male wiederholt. Eintrittskarten sind bereits zu haben. — Am Freitag wird "Figaro Hochzeit" von Mozart, mit Herrn Schade als Graf Almaviva, zur Aufführung gelangen.

**Die Diebstahl**. Gestern abend wurde von einem in der Fischstraße haltenden Wagen ein Karton mit Glühbirnen für elektrische Beleuchtung, im ganzen 100 Stück im Wert von 50 M. gestohlen.

**Reinfeld**. In einer Volksversammlung, die am Sonnabend im Gasthof "Zur Hoffnung" hier selbst stattfand, sprach Genosse Schneider über das Thema: "Was tut not?" Da sich unter den Anwesenden auch eine ganze Anzahl Frauen befand, so wurde von dem Politisten verlangt, daß letztere sich in ein besonderes Zimmer begeben sollten. Die Ausführungen des Referenten, welcher die Frage: was tut not? dahin beantwortete: politische und gewerkschaftliche Organisation, wurden beißig aufgenommen. In seinem Schluswort forderte Genosse Schneider zu reger Wahlteilnahme auf. In der Sozialdemokratischen Verein wurden in dieser Versammlung wieder neue Mitglieder aufgenommen.

**Rehorster Teich bei Reinfeld**. Eine offizielle Versammlung hier und der Haltestelle Kupfermühle wurde Sonntag morgen von dem hier um 6 Uhr 36 Min. abgehenden Zuge der Zimmermann Brühns aus Sattendorf vom Zuge überfahren und in die Barnitz geschleudert, wo er mit abgeschorenen Beinen bald nachher als Leiche aufgefunden wurde. Brühns hatte sich von seinem Wohnort nach Odensee, wo er seit Jahren bei dem Baumeister Comptoir in Arbeit steht, begeben wollen und infolge des herrschenden Nebels den herannahenden Zug nicht bemerkt.

**Odensee**. Tödlicher Unglücksfall. Zwischen hier und der Haltestelle Kupfermühle wurde Sonntag morgen von dem hier um 6 Uhr 36 Min. abgehenden Zuge der Zimmermann Brühns aus Sattendorf vom Zuge überfahren und in die Barnitz geschleudert, wo er mit abgeschorenen Beinen bald nachher als Leiche aufgefunden wurde. Brühns hatte sich von seinem Wohnort nach Odensee, wo er seit Jahren bei dem Baumeister Comptoir in Arbeit steht, begeben wollen und infolge des herrschenden Nebels den herannahenden Zug nicht bemerkt.

**Alte Chronik der Nachbargebiete**. Entgleisung.

Sonnabendabend 8 Uhr 25 Minuten entgleiste in Kilometer 55,5 der Strecke Sörup-Möhrkirch-Osterholz der Personenzug 963. Personen wurden nicht verletzt und der Materialschaden ist nicht erheblich. Der Betreiber wird vorläufig durch Umsteigen aufrecht erhalten. Eine Untersuchung über den Unfall ist eingeleitet. — Ein entgegengesetztes Unglück ereignete sich auf dem Angler Bahnhof in Schleswig. Der 23jährige Eisenbahner Max Schröder wurde beim Überqueren der Schiene von einer Maschine überfahren und war sofort eine Leiche. Der Unglücks hinterläßt außer seiner Witwe zwei Kinder. — Die Rettungsstation Wöhl der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 27. November vor der auf Tonnenboaten gestrandeten deutschen Yacht "Wilhelmine Maria", Kapitän H. Scheel, mit Gespann von Burg auf Fehmarn nach Wismar bestimmt, zwei Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet. — Die Rettungsstation Cuxhaven der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Sonntag wurden von dem bei Groß-Bogesund gestrandeten englischen Dreimastdampfer "Alice", von Plymouth nach Harburg bestimmt, 5 Personen durch das Rettungsboot des dritten Gleisbuchs gerettet.

**Hamburg**. Genosse Bebele erstattete am Sonntag im Harmonia-Varieté vor den Wählern des ersten Hamburger Wahlkreises einen Rechenschaftsbericht über seine parlamentarische Tätigkeit und sprach in anderthalb Stunden, welche über die gegenwärtige Weltlage, wobei er besonders die Hamburger Wahlrechtsreform scharf kritisierte. — Schlimmen Unglücks nahm eine Schlägerei, die zwischen mehreren jungen Leuten am Grüneinde ausgetragen war. Ein daran beteiligter Arbeiter Cordis zog einen Messer, mit dem er blindlings um sich stach. Er traf einen jungen Mann so unglücklich in die Brust, daß das Messer die Lunge verlegte. Der Schwerverwundete mußte ins St. Georg Krankenhaus geschafft werden. Zwei andere Leute wurden von dem Messerhelden leichter verletzt. Sie konnten sich nach Anlegung von Notverbinden in ihre Wohnungen begeben. Der Täter wurde der Polizeibehörde übergeben.

**Kiel**. Die heimliche Straßenbahnen sind in eine Bewegung eingetreten. Die der Direktion unterbreiteten Forderungen gehen dahin, den Wagenführern anstatt des bisher bezogenen Tagelohnes von 3 M. bis 3,55 M. einen Lohn von 3,50 M. bis 4 M. zu gewähren. Die Schaffner wünschen eine Erhöhung von 3,40 M. auf 3,55 M., ferner beanspruchen sie, wie früher, 1 Proz. der Bruttoreinnahme. Des weiteren wird von sämtlichen Angestellten die strikte Einhaltung der zehnstündigen Arbeitszeit, sowie die Bezahlung sämtlicher Überstunden verlangt. Die übrigen Forderungen, darunter die Errichtung von Bedienstungsanstalten an den Endstationen, sind derartig berechtigt, daß ihre Einführung sich ganz von selbst verleihen sollte. Es bleibt abzuwarten, wie die Sache abläuft. — Die Ausspruchung der organisierten Schlägertester steht bevor. Den sämtlichen bei Innungsmeistern beschäftigten organisierten Gesellen ist von den Arbeitgebern ein Steueraufschwung vorgelegt worden, deshalb, daß sie sich ver-



# In alle Welt

bei Arm und Reich  
Gehn wir Jahr aus Jahr ein  
Erquicken stets und immer gleich  
Mann, Weib und Kindlein.

Ein Hochgenuß sag' hierder Mann,  
"Die Frau ruft: „Eine Fee  
Bleibt diese Kaiser's Kaffeekanne?“  
Mit Kaiser's Pracht-Kaffee!"



Wir bitten unsere verehrliche Kundschaft, beim Einkauf von

## Kaffee, Tee, Schokolade, Kakao, Biskuits etc.

genau auf unsere Firma und die Schreibweise des Namens zu achten.

## Kaiser's Kaffee-Geschäft

ist das einzige Kaffee-Spezialgeschäft, welches in **1000 eignen Filialen** in allen grösseren und mittleren Städten Deutschlands und der Schweiz vertreten ist.

Es liegt daher auf der Hand, dass

### Kaiser's Kaffee-Geschäft

als **ältestes und grösstes Spezialgeschäft** seiner Branche infolge der reichen Erfahrungen seiner Geschäftsleitung die denkbar grösssten Vorteile beim Einkaufe obiger Artikel zu bieten imstande ist.

Indem wir noch eine genaue Beachtung und Durchsicht der umstehenden Preisliste empfehlen, zeichnen wir

hochachtungsvoll!

Eigene Kakaowerke

Eigene Schokolade-Fabrik.

Eigene Zuckerwaren-Fabrik.

Eigene Backwaren-Fabrik.

## Kaiser's Kaffee - Geschäft

— Europas grösster Kaffee-Rösterei-Betrieb. —

Lübeck, Breitestrasse 46, Holstenstrasse 9.

Hölln, Hauptstrasse 54 — Oldesloe, Mühlenstrasse 6  
Niederlage bei Herrn Henning von Minden, Schwartau,  
Travemünde



# Preisliste.



## Kaffee.

### Geröstete Kaffees.

Gute Haushaltungsmischungen, braun geröstet . . . . . das Pfund zu Mk. 0.90

Feine kräftig schmeckende sehr ergiebige Mischungen, braun geröstet, . . . . . das Pfund zu Mk. 1.—, 1.10, 1.20

— Diese Preislagen sind **besonders** zu empfehlen als Spezial-Mischungen in sehr preiswerten Qualitäten. — —

Feinste bis hochfeinste ausgewählte Mischungen, braun geröstet . . . . . das Pfund zu Mk. 1.30, 1.40, 1.50, 1.60, 1.80, 2.—

Gute bis feine Perl-mischungen, braun geröstet . . . . . das Pfund zu Mk. 0.90, 1.—, 1.20

Mit Zucker geröstete (sogenannte schwarz gebrannte) Kaffees zu den billigsten Preisen in gleich sorgfältig gewählten Qualitäten.

### Roh-Kaffees.

Flach . . . . . das Pfund zu Mk. 0.30, 0.30, 1.—, 1.20, 1.40, 1.50

Perl . . . . . das Pfund zu Mk. 0.80, 1.20

Kaiser's Malz-Kaffee mit Kaffee-Geschmack . . . . . das Pfund zu Mk. 0.25

Kaffee-Zusätze aus eigener Fabrik, in Dosen . . . . . das Stück zu Mk. 0.18 und 0.20  
in Gläsern, Tassen, Tännchen das Stück zu Mk. 0.25, fose das Pfund zu Mk. 0.60 und 0.80

## Zucker zu billigsten Tagespreisen.

### Tee neuester Ernte, von direktem Import, feine bis hochfeinste Mischungen

lose . . . . . das Pfund zu Mk. 1.30, 2.—, 2.50, 3.—, 3.50, 4.—

in Paketen . . . . . zu Mk. 0.20, 0.30, 0.45

— Feste Blau . . . . . 1/4 Pfund Mk. 0.50, 1/2 Pfund Mk. 1.—

— rot . . . . . 1/4 " " 0.75, 1/2 " " 1.50

— grün . . . . . 1/4 " " 1.—, 1/2 " " 2.—

Ceylon-Tee, Qual. I das Pfund zu Mk. 1.60, Qual. II Mk. 2.40, in Paketen zu Mk. 0.20 und 0.30

## Kakao aus eigenen Werken wie

Malzkakao, Haferkakao, Konsumkakao und andere Kakao's bis zu den edelsten Sorten, das Pfund zu Mk. 1.20, 1.50, 1.60 bis 2.40

Unsere Kakao's sind ohne Ausnahme garantiert rein und leicht löslich.

## Schokolade aus eigener Fabrik, in Tafeln und Pulver, zum Rohessen und Kochen, in prima Qualitäten zu billigsten Preisen.

Koch-Schokolade in Pulverform . . . . . das Pfund zu Mk. 1.—

Vanille-Schokolade . . . . . per Tafel von Mk. 0.05 bis zu Mk. 0.50

Milch- " " " " 0.10, 0.20, 0.25

H. Vanille-Schokolade in Napoleons- und Tafelform . . . . . 1/4 Pfund Mk. 0.50

Haushalt-Schokolade . . . . . das Pfund Mk. 0.90, Speise-Schokolade . . . . . das Pfund Mk. 1.—

Pralinen, Fondants etc. von einfachen bis zu den feinsten Qualitäten.

## Spezialität: Leichtschmelzende Ess-Schokoladen.

## Biskuits in stets frischer Ware und grosser Auswahl.

Volks-Mélange . . . . . 1 Pfd. Mk. 0.40, 1/2 Pfd. Mk. 0.10 Waffeln . . . . . 1 Pfd. Mk. 2.—, 1/4 Pfd. Mk. 0.50

Albert . . . . . 0.80, 1/2 " " 0.20 Leibnitz . . . . . 1/4 Pfd.-Pak. " 0.25

Colonial . . . . . 0.85, 1/2 " " 0.22 Mischung I . . . . . 1 Pfd. Mk. 1.30, 1/4 Pfd. " 0.33

Demi-Lune . . . . . 0.90, 1/2 " " 0.23 II . . . . . 1 " " 1.10, 1/4 " " 0.28

Vanille-Brezeln . . . . . 1.—, 1/2 " " 0.25 III . . . . . 1 " " 0.90, 1/4 " " 0.23

Russisch-Brot . . . . . 1.25, 1/2 " " 0.82 Eiweiss-Cakes . . . . . per Rolle Mk. 0.25 usw.

## Kaiser's Friedrichsdorfer Zwieback aus eigener Bäckerei,

per Paket Mark 0.15.

# Beilage zum Lüdeder Volksboten.

Nr. 279.

Mittwoch, den 29. November 1895.

12. Jahrgang.

## Der Moskauer Semstwo-Kongress.

Der Kongress der Semstwo, d. h. der Abgeordneten der Landsgesellschaftsvertretungen und der Stadtvertretungen Russlands, zeigt, wie es gar nicht anders sein kann, das Bild der verschiedensten Meinungen. Unter den Semstwo-Mitgliedern befinden sich Mitglieder aller Parteien. Dementsprechend sind auch die Reden, die gehalten wurden. Eine Mehrheit, die genau wußte, was sie will, gibt es nicht. Folglich wird der Kongress mit seinen Beschlüssen eine führende Rolle in der russischen Volksbewegung nicht spielen können.

Der Kongress trat am 19. November in der Wohnung des sibirischen Brüderpaars Dolgurukow zusammen und wurde von dem Vorsitzenden des Moskauer Semstwo, Golovkin, eröffnet. Goldwitz gab einen historischen Überblick über die bisherigen Semstwo-Kongresse und schätzte die Unrechtsrichtigkeit der Regierungen bei Entfernung der Freiheiten. Schrift für Schrift habe sich die Gesellschaft das erringen müssen, was schließlich das Manifest vom 17. (30) Oktober gebracht habe. Das Moskauer Semstwo sieht auf dem Standpunkte, daß nun auch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht etabliert werden müsse.

Hierauf hielt Rohitschew aus Twer dem verstorbenen Professor Trubetskoi wegen seiner Verdienste um die freiheitliche Bewegung einen warmen Nachruf.

Der kaukasische Vertreter Abramov beantragte dann, das Publikum in den Saal zu lassen. Dieser Antrag wurde mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt, weil man befürchtete, das Publikum könne die Verhandlungen hören. Darauf wurde die Sitzung unterbrochen, um die Vollmachten der Vertreter prüfen zu lassen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurden die Namen der Anwesenden verlesen. Es fehlten noch genau 60 Delegierte, darunter 20 Petersburger, wegen des Aufstandes. Polen und Juden wünschten noch die Zulassung einiger zusätzlicher anwesender Herren ohne Mandat, was nach einer Debatte abgelehnt wurde.

Kotofschkin berichtete nur über die Konferenz der Semstwo-Abordnung bei Witte und betonte dabei, Witte habe die durch die Semstwo vertretene Gruppe der Gesellschaft nicht zur Mitarbeit oder auch zur Regierung heran.

Baron Sudberg (Vibland) schlug die Entsendung einer Deputation an den Baron vor mit einer Dankadresse und dem Versprechen, die Regierung tatkräftig zu unterstützen. Die noch vorhandenen Wünsche in der Wahlgesetzfrage sollten einstweilen noch unberücksichtigt bleiben und die Entscheidung darüber müßte der Duma übertragen werden.

Beschiedene Stimmen verlangten, daß Organisationsbüro der Semstwo solle Verschläge darüber machen, was die Semstwo zu tun hätten.

König Peter Dolgurukow erklärte, das Bureau sei angefischt der sich überschüttenden Ereignisse außerstande gewesen, Vorarbeiten für die Entscheidung der Frage zu machen, wie die Semstwo sich der neuen Lage gegenüber verhalten sollen. Das Bureau bitte die Versammlungen, ihre Ansichten klar auszudrücken und besonders Mitteilungen über die Stimmung in der Provinz zu machen. Auf dem Kongress lasse in diesem Augenblick die Verantwortung der Entscheidung der Geschichte Russlands. Man könne nicht ohne gründliche Vorbereitung zu Entschlüsse schreiten. Es würde nichts schaden, wenn der Kongress einige Tage länger wähle. Über die Polensage werde abends im Bureau eine Geheimstanz abgehalten werden.

Graf Heyde (Pislow) erklärte, daß die Maßnahmen der Regierung das Misstrauen der Gesellschaft von Tag zu Tag vermehrten. Die Entsendung von drei Generaladjutanten in die Provinz zur Beilegung der Bauernunruhen sei eine selbstverständliche Maßregel. Er wünsche eine starke

Regierung, eine solche müsse sich aber auf das Vertrauen des Volkes stützen. Ausgabe des Kongresses sei es, der Regierung Vorschläge zu machen, wie sie am besten die Staatsgewalt wieder herstellen könne, bis die Duma zusammengetreten sei. Er schlage vor, daß Komitees aus gewählten Männern den bisherigen Administrationsbeamten, daß heißt Gouverneuren, Polizeimeistern, Kreisgässen beigegeben und daß einige kompromittierte Beamte abgesetzt werden. Um das Wahlgesetz sollte sich der Kongress nicht kümmern. Der Wahlmodus sei gleichzeitig, das habe die Zusammensetzung der Semstwo bewiesen, in die trotz aller Beschränkungen die Männer gekommen seien, die die Konstitution für Russland etabliert haben. (Lebhafte Beifall.)

Karatagin (Kostroma) führt aus, die ganze innere und äußere Politik Russlands sei fremdländisch, vorwiegend deutscher. Die Vertreter des bisherigen Systems könnten dem Fortschritt gegenüber nicht anders auftreten, als sie es getan haben, daher könne die Gesellschaft mit niemand von ihnen, auch nicht mit Witte, gehen.

Waramow (Kaulas) macht Mitteilungen über die Organisation der Gegenrevolution. In der Stadt Stawropol sei infolge der dort herrschenden friedlichen Verhältnisse auch bei Bekanntmachung des Versetzungsmantisses alles ruhig geblieben, dann aber seien anscheinend kommunistische Leute gelommen, die Unruhen in Stolow am Don und in Arzamas organisiert hatten, und hätten auch in Stawropol ein Blutbad angerichtet. An die Gouverneure sei Befehl ergangen, jede Selbstschutz-Organisation zu unterdrücken, dafür sei Witte verantwortlich. Ihm könne nicht geiraut werden.

Ahnlich spricht sich das Stadthaupt von Saratow, Nemerowski, aus. Er fordert, der Kongress solle die Regierung umbilden.

Den letzten Einbruch rief Raditschew (Twer) her vor. Er stellt fest, das Manifest vom 17. (30) Oktober bedeutet tatsächlich die Konstitution. Wenn der Zar sich darin noch Selbstherrscher nenne, so sei dies in dem Sinne, daß er ein von keinem anderen Monarchen abhängiger Zar sei. Russland sei frei. Als Wahlrecht könne nur die allgemeine gleiche direkte Wahl gefordert und gegeben werden. Das ganze Volk sei von diesem Prinzip durchdrungen. Die Regierung seiene die Volkwünsche nicht. Aufgabe des Kongresses sei, ihr diese Rechte einzuräumen. Gewisse Gouverneure seien sofort abzusetzen. Es müsse die Regierung diese Forderung nicht, so wäre das ein Zeichen, daß sie zur Reaktion neige. Der Polenerlok sei nur zu erklären, wenn man annahme, daß das Ausland dahinter stecke oder daß Witte bestmöglich die Gesellschaft zu hintergehen. Das Rechtsgesetz in Odessa und anderen Orten sei lediglich verhängt worden, um der Regierung einen Schein des Rechts zu verleihen, die großen Volksmärsche auszuweichen, nicht aber, um das Eigentum zu schützen. So sei es auch jetzt in Polen, von wo drei Liberale, die dem Kongress hätten beizuhören sollen, nach Archangel verbannt wurden. Dem Grafen Witte sei nicht zu trauen. Dennoch werde es notwendig sein, mit ihm zu packen.

Diese von ungeheurem Beifall begleitete Rede hatte noch einige Reaktionen des Nichtveraus gegen die Regierung im Gefolge. Am zweiten Verhandlungstage wurde das Verhältnis der Semstwo zu Witte weiter erörtert. Anwesend waren 360 Abgeordnete.

Schrog aus Tschernigow stellt fest, daß die russische Gesellschaft ihre neuen Freiheiten der Energie der Arbeiter zu verdanken hat. Die Bauernschaft organisierte sich, die Semstwo müßten sich mit ihr verbinden. Witte sei nicht zu trauen, da er die Mitarbeiter Pischtsch, Muratjew zu den seinen gemacht habe. Die Semstwo könnten unter folgenden Bedingungen mit der gegenwärtigen Regierung arbeiten: 1. Anerkennung der Notwendigkeit, eine konstituierende Versammlung einzuberufen, 2. tatsächliche Durchführung der ersten Duma, die 1½ Jahre zu arbeiten habe, Herstellung des Staatsgrundgesetzes unter Anerkennung der Autonomie Polens. 4. Unbeschränkte Amnestie.

Unter atomierter Stille ergriff Prof. Eugen Trubetskoi (Kiew), der das Portefeuille des Unterrichtsministers abgelehnt hat, das Wort. Derselbe trat warm für Witte ein,

welcher eine schier unmögliche Welt ist leiste und begründete seine Ablehnung, das Portefeuille anzunehmen, damit, daß er gegenwärtig in den Reihen der Semstwo zählerlich sei, denn als Minister. Witte habe recht, sich zu beschlagen, er bekäme keine Hilfe aus den Semstwo. Witte könne die vor

zustände, 4. Entzugsung und Bestrafung aller an der Organisation der Gegenrevolution beteiligten Beamten. 5. völlige Amnestie.

Waramow (Stawropol) stellte fest, daß die Agrarbewegung sich seit dem Manifest vom 17. (30) Oktober von 4 auf 24 Gouvernements ausgedehnt hat. Schuld daran sei die Tatsache, daß im Manifest ein Hinweis auf die Lösung der Agrarfrage hätte. Die Regierung könne mit allem zu spät. Alle Maßnahmen trügen den Stempel widerwilliger, nicht genügend vorbereiteter Augenblickarbeit. (Beifall.)

Wolkin-Samara erklärte: Die Zustände in Russland erinnerten an die Lage des Landes um 1600; es treibe der Anarchie zu. Damals habe die Regierung sich gehofft durch Berufung eines Sabor, heute sei nichts anderes zu tun. Sofort müsse die konstituierende Nationalversammlung einberufen werden. Es sei unwahr, daß die konstituierende Versammlung zur Schaffung der Republik führen müsse, die große Massen des Volkes deute trog aller sozialistischen Propaganda durchaus monarchisch. Die Republik in Russland sei eine Wirklichkeit, sie könnte nur zu Blutvergeltung und Diktatur führen, die konstituierende Versammlung müsse mit dem vorhandenen Gesetz gewählt werden, da die Durchführung des allgemeinen Wahlrechts usw. mindestens acht Monate beanspruche. Zeit müsse aber sofort Bezugnahme ins Land getragen werden, die konstituierende Versammlung müsse sofort an die Ausarbeitung des allgemeinen Wahlrechts gehen. Die Erneuerung Russlands begrüßt Redner als ein großes Glück, trotzdem er persönlich keine Sympathie für ihn hat. Keiner auf dem Kongress und niemand von den Bürokraten habe so hervorragende Fähigkeiten und Fachkenntnisse wie Witte. Man müsse mit Witte in die von ihm geschaffene Duma ziehen, von ihr aus aber zur vervollkommenen mittels des allgemeinen Wahlrechts gewählten schreiten. (Lob-Brunnen!) (Beifall.)

Nemirovski (Smara) bezeichnete die Agrarbewegung als die Folgen der Agitation der Sozialrevolutionäre. Man dürfe von Witte keine Garantien fordern, sondern müsse ihm tüchtige Mitarbeiter stellen. Die Bauern und Arbeiter seien zu beruhigen, indem ihnen die Gewißheit gegeben wird, daß ihre Lage den Semstwo am Herzen liege. Die Duma müsse sofort zusammentreten, ihre ersten Aufgaben müßten sein: Schaffung des allgemeinen Wahlrechts usw., Lösung der Agrar- und der Arbeiterfrage.

Der Litauer Bielitski (Rowno) erklärte: In Litauen könnten die Wahlen nach anderem als allgemeinem Wahlrecht nicht stattfinden, da das Land sich unter dem Einfluß der Sozialdemokratie eben wegen der Wahlrechtsfrage in Revolution befindet.

Bopow (Sakhalin) meinte, die Zukunft gehöre den Sozialisten und widersprach Nemirovski. Erst solle Witte zeigen, was er wirklich will. Die Unzufriedenheit müsse von oben, ohne jeden Vorbehalt gegeben werden, das Semstwo-Bureau solle sofort ein Wahlgesetz und ein Arbeitsprogramm der konstituierenden Versammlung ausarbeiten.

De Roberti (Twer) entwickelte ein Programm, mit dem die Semstwo sich an Witte wenden könnten: 1. Errichtung lokaler Komitees, wie Hyden sie fordert. 2. Einberufung der konstituierenden Versammlung auf Grundlage des vorhandenen Wahlgesetzes. 3. Arbeitsprogramm der ersten Duma, die 1½ Jahre zu arbeiten habe, Herstellung des Staatsgrundgesetzes unter Anerkennung der Autonomie Polens. 4. Unbeschränkte Amnestie.

Unter atomierter Stille ergriff Prof. Eugen Trubetskoi (Kiew), der das Portefeuille des Unterrichtsministers abgelehnt hat, das Wort. Derselbe trat warm für Witte ein, welcher eine schier unmögliche Welt ist leiste und begründete seine Ablehnung, das Portefeuille anzunehmen, damit, daß er gegenwärtig in den Reihen der Semstwo zählerlich sei, denn als Minister. Witte habe recht, sich zu beschlagen, er bekäme keine Hilfe aus den Semstwo. Witte könne die vor

## Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.  
Von Friedrich Gerstäder.

(87. Fortsetzung.)

„Sie haben da Recht, mein lieber Mr. Lanzot, über Lanzot, wenn Sie das lieber hören“, sagte der alte Mann. „Den Rang selber müßten Sie zurücklassen, als Sie dieses wunderliche Land betraten, denn Rang ist ein höchst markwürdiges Ding, das nur in der Kasse und in der gehobenen Umgebung wirkt. Ein einzelner Soldat zwischen lauter Bürgern sieht auch sonderbar aus, und die grell absteckenden Farben von Krügen und Jacke, wollen dem Auge nicht passen; in Reich und Glied macht er sich aber dafür desto besser. So lassen Sie den Namen fallen, bis Sie daheim wieder einmal in Reich und Glied eintreten. — Die Spitzhabe und die Schaufel wird dann auch weniger auffällig.“

„Ich was“, lachte Lanzot, „die würde weniger gegen den Barontitel abstecken, wie Serviete und Teller.“

„Das ist allerdings wahr“, sagte der Doktor, „und was Sie um Goites willen dazu bewegen haben kann, den Broderstab, und wenn auch nur für kurze Zeit, zu ergreifen, wird mir sieß ein Rätsel bleiben. Sie haben es jetzt selber gut bekommen, nicht wahr?“

Wieder war es fast, als ob der junge Mann leicht erwidete, aber er sagte lachend:

„Gott allerdings; ich habe meinem Kapitän, Sie kennen ja den kleinen ausgetrockneten Franzosen, neulich einen Gas-Teller vor die Füße und ihn selber über den Tisch hinüber geworfen und bin dann in aller Freundschaft von ihm geschieden. Ich glaubte auch überzeugt zu sein, daß wir beide gleich froh waren, einander los zu werden. Dann bin ich aufs Geratzwohl — um mein Glück einmal in den Bergen zu versuchen — von San Francisco fortgegangen,

und da ich wußte, daß Sie hier herum stießen und der Name: „des Paradies“ mir so verlockend in die Ohren klang, lenkte ich meinen Kurs hierher.“

„Also meinethalben!“ lächelte der Doktor vergnügt vor sich hin; dann aber, als ob ihm etwas Anderes durch den Sinn fahre, setzte er ernster, wenn auch immer freundlich hinzu: „Nehmen Sie sich aber in Acht, lieber Lanzot, und lassen Sie sich die Verbindung mit Monsieur Rigault, oder wie der Bursche hieß, eine Warnung sein. Derlei Verhältnisse passen nicht für Sie, wenigstens nicht für die Zukunft, die Ihrer noch im Vaterlande wartet. Deulen Sie immer an die und halten Sie sich nieks den Rücken so frei, daß Sie Ihnen Kopf gegen Kopf — mit gutem Gewissen über einen Tisch werfern können. Ich brauche Ihnen wohl nicht mehr zu sagen.“

„Rein lieber Doktor“, lächelte der junge Mann, „ich werde Ihren Rates eingedenkt sein. Aber jetzt wollen wir machen, daß wir zu Tal kommen, denn ich bin heut Morgen noch nüchtern und möchte mich vor allen Dingen in etwas restaurieren. Komm, Grauschimmel, mein braver alter Bursch, hier magst Du Dich ein paar Tage austreten, wenn wir nicht — vielleicht morgen schon wieder ziehen. Also vorwärts, wenn es Ihnen gefällig ist.“

Der Doktor hatte nichts dagegen, und beide Männer nahmen ihre Tiere am Hals, um mit ihnen in das Tal hinauszusteigen. Ordentliche Wege nach den verschiedenen Minen von hier ab — die einzige Hardtstrebe angenommen — existierten, wie schon erwähnt, nicht, und die Karren müßten sich gewöhnlich ihre Bahn durch den Wald suchen, so gut oder schlecht das eben gehen wollte. Gar nicht selten geschah es aber, daß sie dabei auf die eine oder andere Art zu Schaden kamen, und so fanden unsere Wanderer auch die Trümmer eines kleinen Karrens, der da erst ganz fürsichtlich niedergebrochen sein mußte. Das Reiste davon war auch wohl zu Tal geschafft; der Bodenteil desselben mit einem Rad lag aber noch dort, gerade hinter dem Stumpf eines

abgehaueaen Baumes. Lanzot, in fehlicher, fast mutwilliger Laune, griff das Rad auf, und sich zu seinem Begleiter wendend, sagte er:

„Was meinen Sie, Doktor, sollen wir das Ding einmal in Gang bringen?“

„Wollen Sie es nicht fort,“ warnte der Doktor Rücker, denn der Eigentümer wird jedenfalls wieder hierher zurückkehren, um es abzuholen.“

„Dann kommt es ihm vielleicht entgegen,“ lachte Lanzot. „Lebrigend war es von jenseit einer meiner Hauptlebensschäfchen, Steine einen steilen Hang hinabzurollen. Es sieht zu prechtig aus, wenn sie zu Tal springen“ — und damit gab er dem kleinen Rad einen Schwung und ließ es bergab laufen. Zu Anfang rollte es auch ganz prächtig den nicht zu steilen Hang hinab; durch das Wellenförmige desselben kam es aber mehr und mehr in Schwung, und stellte rechts oder links abzuhüpfen und sich dann zu überschlagen und liegen zu bleibem, laufte es plötzlich in langen und hohen Sägen zu Tal, sprang über ein paar niedrige Blüschte weg und verschwand endlich hinter diesen. Die beiden Männer waren, Lanzot eigentlich von seinem ganz unerwarteten Erfolg überwältigt, stehen geblieben und horchten dem Rollen des sprudelnden Rades, das noch immer aus der Tiefe zu ihnen herausfuhrte. Plötzlich geschah ein Schlag, und gleich darauf gellte ein lauter Aufschrei an ihr Ohr.

„Alle Wetter!“ rief Lanzot erschrockt, „wenn ich am Ende ger mit meiner albernen Spielerei ein Unglück angerichtet hätte!“

„Das wollen wir nicht hoffen,“ sagte der alte Mann bestürzt. „Vielleicht ist nur irgend ein armer Teufel bestiglich erschreckt worden. Jedenfalls müssen wir aber hinunter und nachsehen.“

„Gott!“ rief der junge Mann rasch; „habe ich eine Torheit begangen, muß ich auch dafür büßen. Ein Glück nur, daß hier keine Glaswarenhandlungen sind, in die das Rad hätte hineinspringen können. Für einen Topfmarkt

handenen Beamten nicht abschaffen, ehe er keine neuen habe; sein Verlangen, ihm geeignete Personen für Gouverneurposten vorzuschlagen, sei erfolglos gewesen. Man solle daher Witte keine Schwierigkeiten mehr bereiten. Der Kongress soll demgemäß Beihilfe leisten.

Die nächsten Redner waren von Witte weniger erbaut. Von großem Bedürfnis waren nur zwei für ihn ein. Der erste Redner, R. S. mit dem Karabajew, meinte, die Gewissensmänner mit den gegebenen Möglichkeiten zufrieden seien, und zwar lediglich aus dem Grund, um die Regierung gewalt in der herzustellen.

Ein dritter Redner erläuterte die polnischen Reden. Vorworte er schrieb nach Gedächtnis, sie seien zu einer Zuständigung bereit unter der Bedingung, daß der Kongress Zustand in Polen aufgehoben, in den Elementarischen der Zustand in politischer Sprache ausgeschafft und diese Sprache in den abstraktiven und öffentlichen Einsichtungen wieder eingeführt werde. Gedächtnis protestierte entschieden gegen die Behauptung, daß Polen daran bestehe, sich vom Russland loszutrennen. Polen verlange Autonomie, weil die realen Verhältnisse sie erforderten, in jedem Falle sei aber die Zuständigkeitsgewalt für die Zuständigkeitsfrage nicht zuständig, daß vorher vielmehr dort russische Macht und der sozialistischen Nationalversammlung entschieden werden. Die Polen hätten Versuchen zu den Russen und beteiligten sich an der russischen Freiheitssbewegung. Er wolle die Regierung untersuchen unter den Bedingungen, die Robtunov hergestellt habe.

Stachowitz, Vertreter der Stadt Jeliz. sprach, die Regierung zu unterstützen, vorausgesetzt, daß die Wahlen zur Duma, die er nicht eine konstituierende, sondern eine repräsentative Versammlung zu nennen will, auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts erfolgen, und seiner vorausgesetzt, daß die Todesstrafe abgeschafft werde.

Fürst W. L. von Börsen warnte die Befreiung vor übertriebenen Fortschritten. Sollte die Macht sich gegen die Unterstützung der Regierung ausspielen, werde er beantragen, daß die Minorität zu einer Gruppe zusammenentrete und sich dem Ministerium Witte zur Seite stelle.

Es ist so wie aus Böhmen behauptet, das Volk wolle immer für den Kaiser sein, und eine Konstituante sei nur für die Sozialdemokratie wichtig.

Abelsmarschall Stachowitz wies auf das Beispiel der Finnen hin, die, nachdem sie von der Regierung des Vertrages einer Abgesetztenkammer erhalten hätten, sofort mit der Revolution ausgeführt hätten. Der Kongress wolle den Fehler der Bureaucratie wiederholen, die immer an der Unrechtsfreiheit der Semper und der Stadtverordneten gezwungen habe. Die Versammlung möge doch die auf Grundlage des Manifests vom 30. Oktober geprägte Beschlusssatz abwarten.

Fürst Paul Dolgorukow beantragte, das Ministerium Witte zu unterstützen; dann dießt komme, man möge dessen Forderungen nicht rücksichtigen machen.

Das Organisationskomitee der Semper unterbreitete dem Kongress schließlich folgende Resolution:

"In der Erwagung, daß das Manifest vom 30. Okt. alle in den ersten Tagen aufgestellten Forderungen befriedigt, erklärt der Kongress in der Sitzung, daß die Durchsetzung des Manifests bestätigt, Freiheiten für die Bevölkerung des Landes unerreichbar sind, seine völlige Solidarität mit dieser sozialistischen Grundlage. Die Durchsetzung dieses Programms liegt der Bevollmächtigten des Ministeriums ob. Der Kongress hält die Überzeugung auf, daß das Ministerium auf die Unterstützung der großen Masseheit der Semper und Städte rezenzt, solange es in der Sichtung auf die Vermittelung der Freiheiten des Menschen vorsteht. Seine Zustimmung von dieser Richtung wird entweder Opposition entkräften. Die einzige Wahl, die Autorität der Regierung und der Unterstützung der Bureaucratie des Landes zu fördern, betrachtet der Kongress als unerträgliches Ende einer Auseinandersetzung, welche das allgemeine Wahlrecht für die Dauer bestätigt, sofern die Unterstützung fortwährender Kampfes mit der einzigen Dame um mit Sicherstellung des Rechtes einer Briefwahl für das Russische Reich ausgetauscht, und ferner die Organisation der Bureaucratie verbreite Hoffnungen. Aber jedoch müssen Wagnisse sozialistischer werden, um die Freiheiten des Menschen zu verwirklichen."

Diese Resolution fußt mit eindeutigem Beifall begrüßt worden. Sie ist die Sichtung der rot seitdem

partei Polje eine Überredung gewollt vorstehend. Wenn man meintest, daß Witte in Böhmen gefahren ist" — und das ist, ohne daß das jetzt an weiter noch als Böhmen gesetzten ihnen gewollt werden wolle, aufgrund der Siedlungskarte des Landes.

Es ist in Böhmen jedoch eng der Zeitpunkt und der Ort, wo die politische Kluft zwischen den Bürgern bestanden haben. Dies ist der Unterschied im Lager, welche sie aber haben, und als sie die Börsen bewohnt, brauchen die Bürgertreue mit der Börsen leben und dann aus dem einen oder aus dem anderen geschwärzt. Schon jetzt ist die Börsen eine Befreiung für das Russische Reich ausgetauscht, und ferner die Organisation der Bureaucratie verbreite Hoffnungen. Aber jedoch müssen Wagnisse sozialistischer werden, um die Freiheiten des Menschen zu verwirklichen.

"Schon jetzt steht Böhmen auf dem — keine Frage mehr."

Das ist die zentrale Sichtung, die Gedächtnis teilte, der gesetzliche Börsen haben es, mit Börsen keine Sichtung zu verhindern, die Börsen, gefährlich werden und den Börsen gefährliche Börsen sind, in den Börsen gehen, ohne daß der Börsen auch mit der Börsen gefährlich ist, um zu helfen — um ganz sozialistische Gedanken, und wenn ich es kann schreiben darüber, kann mir keiner sagen daß es kein Wahrheit ist. Börsen ist das nicht bei der Sichtung."

"Gedächtnis" las die Sichtung, und die Börsen

Sichtung. 40 Abgeordnete haben sich wegen der Resolution zum Wort gemeldet.

Vorausichtlich wird die Resolution angenommen. Man wird sie als den zusammengefachten Abschluß der Interessen der bestehenden Klasse in Russland betrachten dürfen, die aus Sichtung vor der proletarischen Revolution nicht die Führung und den Platz einzufordern mögen.

Dass es bei Politik der Semper gelungen werde, die Russen zur Menge zu bringen und dadurch die Revolution zu handhaben, ist aber nicht anzunehmen. Dazu würde gehören, daß Witte nicht nur den Willen, sondern auch die Macht hat, die Wirkung der Revolution zu verhindern. Dass er hat, den Willen habe, wurde schon auf dem Kongress beschlossen, daß er die Macht hätte, hat niemand behaupten können.

Tatsächlich wird Witte vor der Hochzeitssichtung unter die Meinung betrachtet, den man fallen lassen will, wenn man glaubt, ihn nicht mehr zu brauchen. Witte hat keine wichtige gesetzliche Geschäftsklasse hinter sich, weder die Kreise noch das Volk. Er mag dann zwischen beiden sein und kann zwischen beiden und keinem von beiden Gedanke tun.

Ziemlichzeitig muss abgewartet werden, wie sich die Dinge weiter entwickeln. Möglic, daß die russische Diplomatie durch Einzelteilung eines Krieges mit der Türkei die Balkanfrage ausstößt, um den Balkanstaat der Börsen abzuhelfen und durch sie mit ihrem Krieg verbündete Massenbewegung und durch die revolutionären Volkslemente vor die Ausweitung der Türken zu schützen. Russland würde sich bei einem solchen Kriege natürlich nicht auf sein Herz verlassen können; es hat aber in den Hinteren Bulgarien, Griechen, Montenegro und Serbienlands und höchstwahrscheinlich auch Rumänien Verbündete, mit deren Hilfe es den Kampf wagen könnte. Ein Krieg mit der Türkei wäre in Russland populär, schon auf religiösen Gründen. Dazu käme die Tatsache, daß sich in den türkischen Besitzungen ungesehene Beute machen ließe.

Geberfalls ist das Zentrum trotz seiner Niederlagen in Russland die Hauptgewalt für den Frieden gehalten und wird es blitzen, solange es existiert.

## SOCIALISMUS UND POLITISCHE FREIHEIT.

Ausstand auf der Börse v. d. Seydt. 100 Schlepper und Börsebetreiber der v. d. Seydt-Zeitung bei Herne befinden sich im Streit wegen einer Sichtungserlängerung von einer Stunde und Lohnfazierung von 20 Pf. pro Schicht.

Folgende Erklärung finden wir im "Hdg. Echo":

An die Parteigegner!

Die Unterzeichneten glauben es der Partei und speziell ihrer Wählerkraft feindlich zu sein, folgende Erklärung abzugeben:

„In den letzten Wochen ist sowohl in einem Teile unserer Parteipresse wie auch in Parteidankungen eine Richtung vorgebracht, die vorgeblich im Sinne der „Partei im ehrlichen“ Ausschauungen propagiert, von denen nach unserer Meinung zu sagen ist, daß sie in scharfem Gegensatz zu Wohlstand und Tendenz wichtiger Parteitagsabschlüsse liegen. Wir meinen in erster Linie die in Siena beschlossene Resolution betreffend den politischen Massenstreik. Sichere Befreiung hat in seinem Schlusssatz zur Begründung dieser Resolution, um alle aufgestoßenen Zweifel über die Tendenz derselben zu zerstreuen, stark betont, sie besagt nicht, daß in einem sozialistischen Staat der Massenstreik unter allen Umständen, fügt es was es will, proklamiert werden soll.“ Diese Erklärungen seien gegenstandslos; der Parteitag solle sich nur im Prinzip dafür aussprechen, „dab gegebenenfalls unter bestimmten Bedingungen“ die Befreiung die Parteiführer mit den Führern der Gewerkschaften über die Entwicklung des Sozialen Massenstreiks — beiden Wohlstand und Widerstand — zu beraten haben. Diese Declarationen haben offenkundige Bestätigung, wenigstens nicht den erzielten Widerstand ergeben.

Mitgliederversammlung ist jetzt eine neue Richtung in der Partei mit geradezu sozialistischen Fäden benutzt, jene Revolution, — unter Herbeiliegung einer höchst bedeutsamen, jüngst der Partei gerade verordneten Revolution — zu errichten, die jedoch realistisch Denken verunsichert läßt und in diesem Gegensatz zu der durch Marx erarbeiteten sozialistischen Materialistischen Gesichtspunkten steht — deßwegen zu hantieren, als sei die Partei auf den

Wiederholung gebeten, wenn ihm eine Dame fragen würde, wie es ihm hier ginge, nur zu sagen: „ganz entsetzlich schlecht“, und ist ja er, überdies hätte unbefähigt, vor seinem Gesicht und wußte nicht, was er beginnen, wie er sich den trüben Gedanken entziehen sollte. — Und was die Amerikaner heute für einen entsetzlichen Spuk machen — was sie nun treiben? Bindenhofer und Bamberg waren hinuntergegangen, um sich die Sache mit anzusehen; er hatte andere Dinge im Kopfe.

Gedächtnis sprang er auf — er hielt es nicht länger aus — und beschloß einmal hinüber zum Justizrat zu gehen, um diesen und den Assessor um ihre Meinung zu fragen, was er in der Sache tun könne, falls die Schwiegermutter etwa gegen hier heraus käme. In der Zeit konnte er sie doch nicht nehmen — Bindenhofer ließ ihm überdies schon den ganzen Tag keine Ruhe — und was sollte dann geschehen? — Wie war sie zu beschäftigen?

Der Justizrat schief noch, und der Assessor getraute sich nicht, ihn zu reden; im Begriff aber, recht leise an ihm vorüberzugehen, blieb er mit dem Fuß an einem Stück Holz hängen und holperte daran, daß der Justizrat erschrocken in die Höhe fuhr.

„Bitte viel tauendmal zum Entschuldigung,“ legte der Assessor.

Der Justizrat murmelte etwas zwischen den Zähnen durch, was sehr rücksichtsvoller Ausdruck zu glücklicherweise nicht verstand, und zog dann an der Peitsche. Diese war aber schon vor anderthalb Stunden ausgegangen und alt, und mußte deshalb erst wieder frisch angezündet werden. Jetzt machte sich auch Herr Husner bemerkbar, und kam nach kurzer Einleitung auf den Zweck seines Besuches und den Grund seiner Besuchungen: die Schwiegermutter, die wie ein röhrendes Phantom vor seiner Seele stand — und doch war er sich keiner Schuld bewußt.

(Fortsetzung folgt.)

polnischen Massenstreik bereits derart festgelegt, daß man sich auf ihn allen Ernstes heute oder morgen schon einzurichten habe, und jeden, der die Revolutionstradition nicht vertrage, als „Staumacher“, als „Medizinstoff“, als „Weckmittel“ des revolutionären Geistes“ in der Presse, als „Audi-Gott“ vertrage, und ihm dadurch in der Wirklichkeit für Täglichkeit in der Arbeitersbewegung schützen möchte. Die Art und Weise dieser Propaganda unterscheidet sich von der sog. „exakte sozialistischen“ durchaus nicht; sie hat nichts gemein mit den Vorstellungen, die zur Würdigung der Revolution auf dem Geiste Witte geführt haben; sie steht zum größten Sorgen der Presse verantwortlich, und hat zur Folge eine verdeckt-hölzige Unterdrückung der jungen sozialistischen und revolutionären Leistungen, von denen allein ein gesunder Fortschritt der Arbeitersbewegung zu erwarten ist.

Geden unserer Partei: hat die Machtigkeit und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation als weitausgrößeres Gefüge des Emancipationskampfes der Arbeiterschaft übernommt und insbesondere die Sache Partei hat es (dem Parteivorsitzenden) zur Pflicht gemacht, die Ziele und Zwecke der Gemeinschaften zu unterstützen. Trocken gilt den Vertretern neuer Macht, alle geistige Arbeit nur als „Schriftarbeits“; sie befürchten, die Gewerkschaften seien „symmetrisch“ und wesentlich direkt gegen die Interessen der gewerkschaftlichen Organisation und Bewegung gehende Radikalisten mehr sind.

Auch in der Verarbeitung der parlamentarischen Tätigkeit dokumentiert diese Richtung dieselbe gegenwärtige Einstellung gegen die Beflüsse der Partei: die Gewerkschaften als weitwirkliches Gefüge des Emancipationskampfes der Arbeiterschaft übernommt und insbesondere die Sache Partei hat es (dem Parteivorsitzenden) zur Pflicht gemacht, die Ziele und Zwecke der Gemeinschaften zu unterstützen. Trocken gilt den Vertretern neuer Macht, alle geistige Arbeit nur als „Schriftarbeits“; sie befürchten, die Gewerkschaften seien „symmetrisch“ und wesentlich direkt gegen die Interessen der gewerkschaftlichen Organisation und Bewegung gehende Radikalisten mehr sind.

Gegen diese Richtung, die zu unserer höheren Bedeutung auch in der Provinz Schleswig-Holstein propagiert wird, nehmen wir hiermit, in unserer Eigenschaft als Parteigegner und als Vertreter sozialistischer Wahlkreise in Reichstage, Stellung, indem wir erklären, daß die von ihr aufgehende, oben skizzierte Propaganda nach unserer Überzeugung unvereinbar mit den Interessen der Partei und der Arbeiterbewegung ist.

Hamburg, den 23. November 1905.

A. von Elm. A. Frohme. J. Besche.

Ein nachahmenswertes Beispiel. Ein Gemeinderat zu Müllhausen im Elsass war von demokratischer Seite der Antrag gestellt worden, für die Opfer der Judenverfolgungen in Russland 2000 Mk. zu bewilligen. Nach langer Debatte wurde dieser Antrag zurückgezogen und ein sozialdemokratischer angenommen, der dahin ging, daß die Bewilligung einfach für die Opfer der russischen Mehlereien (ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses) erfolgt und daß die Summe an Maxim Gorki in Petersburg zu senden ist. Der weitere sozialdemokratische Antrag auf 1000 Mark für die ausgelittenen Zeitarbeiter in Sachsen-Tübingen wurde fast ohne Debatte angenommen, — auf der Zentrumssitzung des Gemeinderats zeigte sich bei beiden Abstimmungen dadurch aus, daß er die Hand nicht erhob, wie unsere „Münchner Volkszeitung“ bemerkte. — Wir können zu beiden Beschlüssen nur sagen: Gehet hin und tuet desgleichen!

## AUS WACH UND ZEIT.

Wegen „Verbrechens gegen die Religion“ hatte sich vor dem Schwurgericht in München der verantwortliche Rebekleur der „Süddeutschen Postzeitung“, August Richter, zu verantworten. Er hatte in seinem Blatt einen abfälligen Artikel über den „heiligen Tod“ in Trier und in einer anderen Nummer trügerische Bekämpfungen gegen die letzte Münchener Frohleichtagsprozeßfeier öffentlicht. Nach Vernehmung der Saalverteidiger, die sich für den Angeklagten unerwartet gütig gestaltete, wurde dieser freigesprochen. Die zahlreich erschienenen Zuhörer nahmen das freisprechende Urteil mit lebhaftesten Beifallsbekundungen auf.

Am 1. Februar 1905 ist eine Dame gebeten, seit ein, während der Börsen mit unerträglichem Glanz die Vorbereihungen zu dem Börsenfest stattfinden, daß sie die Börsen gelebt. Sie ist der Börsen gelebt, seit sie den Börsen gelebt, und kann nicht anders. Sie ist der Börsen gelebt, und als sie die Börsen bewohnt, brauchen die Börsenleute mit der Börsen leben und dann aus dem einen oder aus dem anderen geschwärzt. Schon jetzt ist die Börsen eine Befreiung für das Russische Reich ausgetauscht, und ferner die Organisation der Bureaucratie verbreite Hoffnungen. Aber jedoch müssen Wagnisse sozialistischer werden, um die Freiheiten des Menschen zu verwirklichen.

Die Börsen sind der Börsen gelebt. Es ist nicht länger aus — und beschloß einmal hinüber zum Justizrat zu gehen, um diesen und den Assessor um ihre Meinung zu fragen, was er in der Sache tun könne, falls die Schwiegermutter etwa gegen hier heraus käme. In der Zeit konnte er sie doch nicht nehmen — Bindenhofer ließ ihm überdies schon den ganzen Tag keine Ruhe — und was sollte dann geschehen? — Wie war sie zu beschäftigen?

Der Justizrat schief noch, und der Assessor getraute sich nicht, ihn zu reden; im Begriff aber, recht leise an ihm vorüberzugehen, blieb er mit dem Fuß an einem Stück Holz hängen und holperte daran, daß der Justizrat erschrocken in die Höhe fuhr.

„Bitte viel tauendmal zum Entschuldigung,“ legte der Assessor.

Der Justizrat murmelte etwas zwischen den Zähnen durch, was sehr rücksichtsvoller Ausdruck zu glücklicherweise nicht verstand, und zog dann an der Peitsche. Diese war aber schon vor anderthalb Stunden ausgegangen und alt, und mußte deshalb erst wieder frisch angezündet werden. Jetzt machte sich auch Herr Husner bemerkbar, und kam nach kurzer Einleitung auf den Zweck seines Besuches und den Grund seiner Besuchungen: die Schwiegermutter, die wie ein röhrendes Phantom vor seiner Seele stand — und doch war er sich keiner Schuld bewußt.

(Fortsetzung folgt.)